

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

In einer Dienstbesprechung Ende August 1989 fragte Mielke einen seiner Generäle, ob etwa "morgen der 17. Juni ausbricht".

Im Laufe des Jahres 1989 vollzog sich in der DDR-Gesellschaft ein genereller Wandel. Forderungen der Bürgerrechtsbewegung stießen auf immer breitere Zustimmung innerhalb der Bevölkerung.

Die Chefs der Bezirksverwaltungen für Staatssicherheit wurden regelmäßig im Ost-Berliner Ministerium zusammengerufen, um über die Lage vor Ort zu berichten und von Mielke in neue Aufgaben eingewiesen zu werden. Auch Ende August kamen die Bezirkschefs des MfS in Berlin-Lichtenberg zu einer Dienstberatung zusammen. Sie waren näher am tatsächlichen Geschehen als der Minister und sollten die Situation in ihren Bezirken schildern.

In Abweichung von dem üblichen Ritual ließ Mielke zuerst seine Untergebenen sprechen, unterbrach die Redner freilich häufig mit Zwischenfragen, und redete anschließend ebenso lange wie alle seine Vorgesetzten zusammen. Ausgewählte Bezirkschefs berichteten über ihre Vorbereitung auf den 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs, über die Weiterleitung der im Mai verschickten "Information" zu den oppositionellen Gruppen an die lokalen SED-Spitzen und schließlich über die allgemeine Lage, über die "Stimmung" vor Ort.

Diese Dienstbesprechung hat es zu einer gewissen Berühmtheit gebracht, weil Mielke einem seiner Generäle die Frage stellte, ob etwa "morgen der 17. Juni ausbricht".

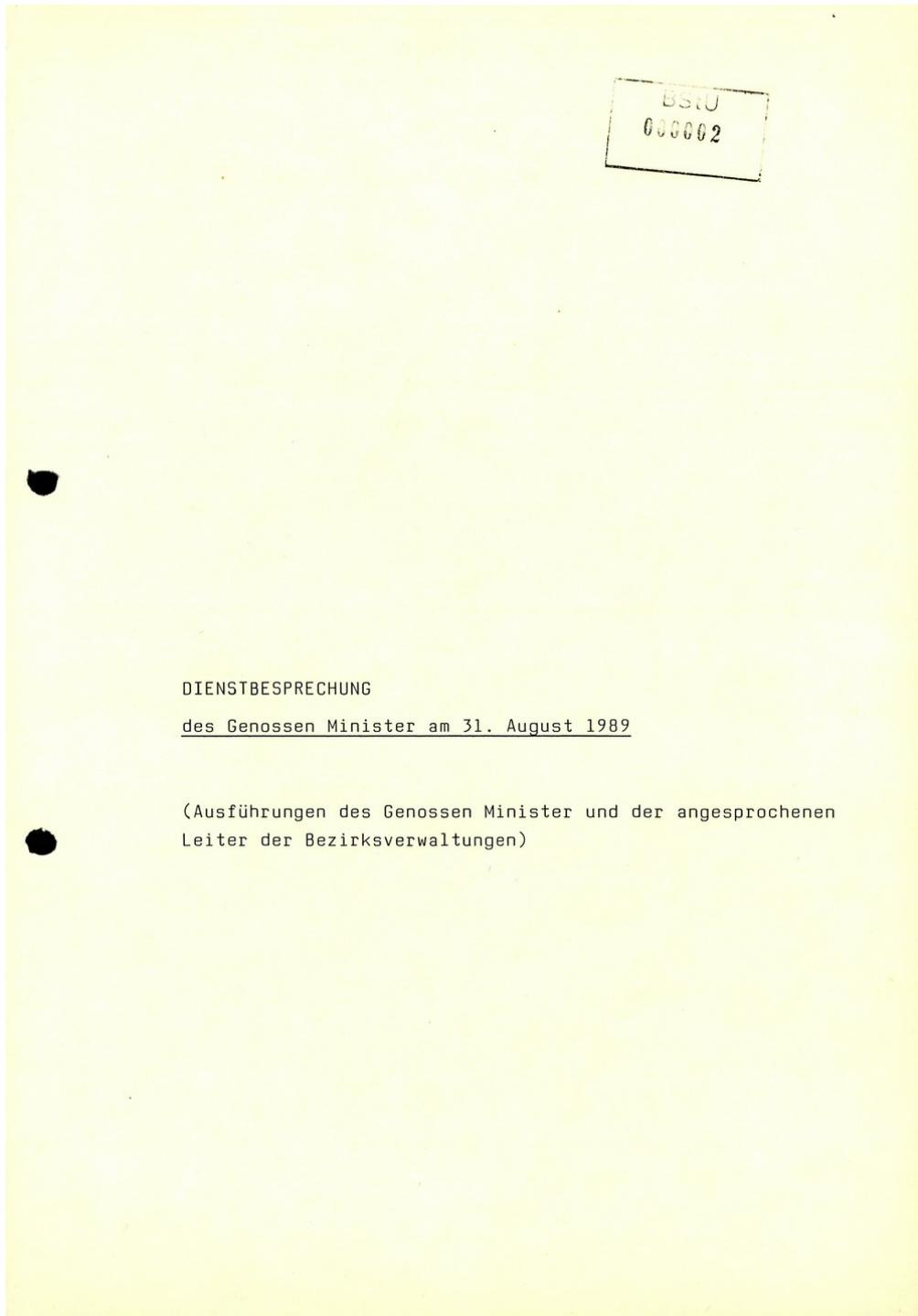
Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 8679, Bl. 2-80

Metadaten

Datum: 31.8.1989

Überlieferungsform: Dokument

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 8679, Bl. 2-80

Blatt 2

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

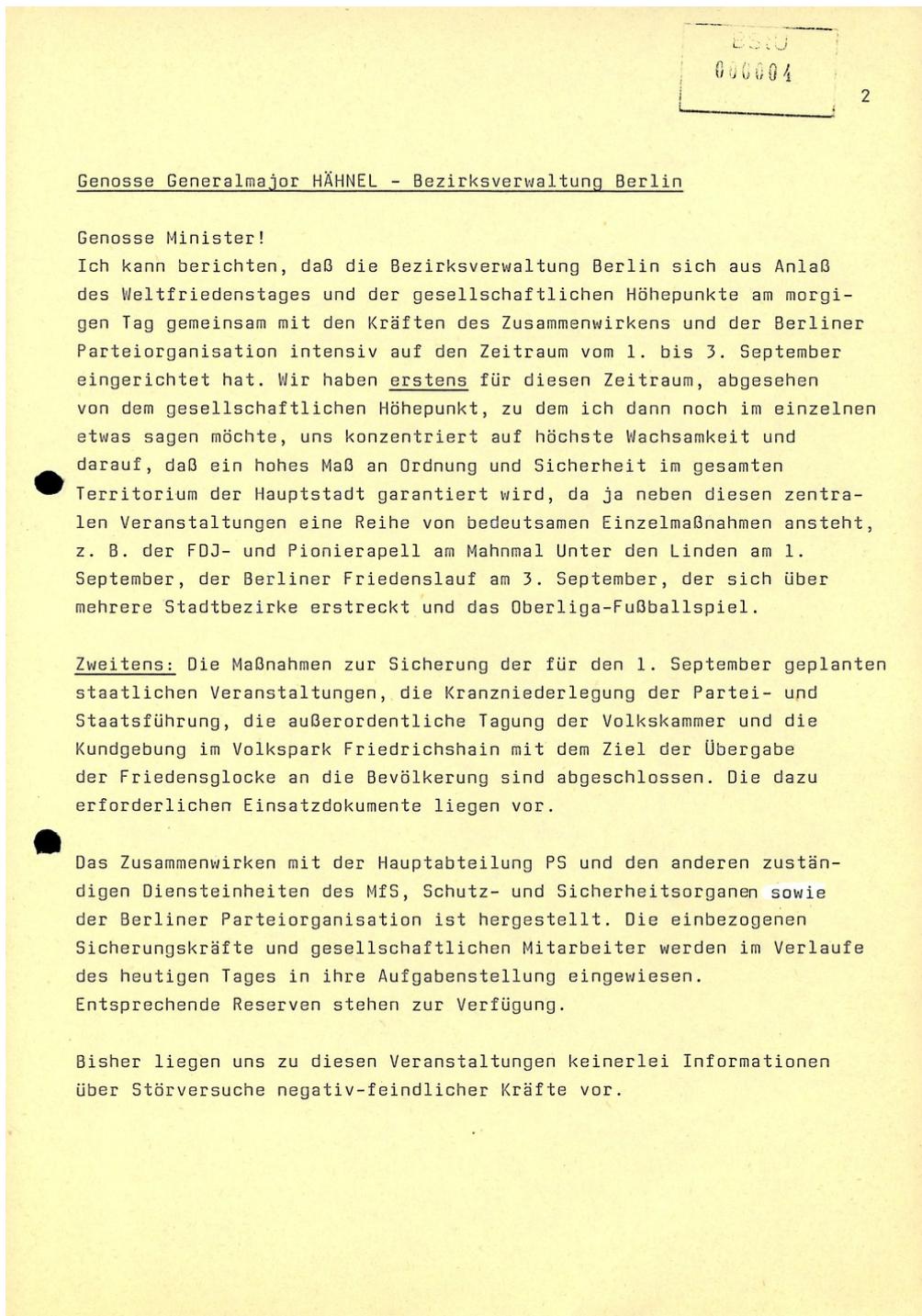
BStU
000003

Wir beginnen mit der Dienstkonferenz. Die Probleme, die wir behandeln wollen, sind Euch schriftlich mitgeteilt worden, mit der Aufforderung, Euch darauf vorzubereiten. In einer treffenden und klaren Antwort wollen wir zu diesen Fragen einen gemeinsamen Standpunkt erarbeiten. Die Situation ist sehr ernst, und komplizierte Fragen stehen vor uns. Wir werden versuchen, sie gemeinsam zu lösen. Gleichzeitig bitte ich dann, beim Auftreten der einzelnen Genossen etwas zur Lage zu sagen in ihrem Verantwortungsbereich - natürlich ausgehend von den Grundfragen, den Fragen Ruhe, Ordnung, Sicherheit und der Macht, und auch vielleicht eine Bemerkung zu machen, wie die Durchführung der angewiesenen Aufgaben erfolgt durch die 1. Bezirks- und Kreissekretäre auf Grund der Materialien, die auf Weisung des Generalsekretärs bis nach unten gegangen sind auf unserem Kanal, auf unserem Wege. Somit treten wir also in den ersten Tagesordnungspunkt ein.

Das ist die Behandlung des 1. September.

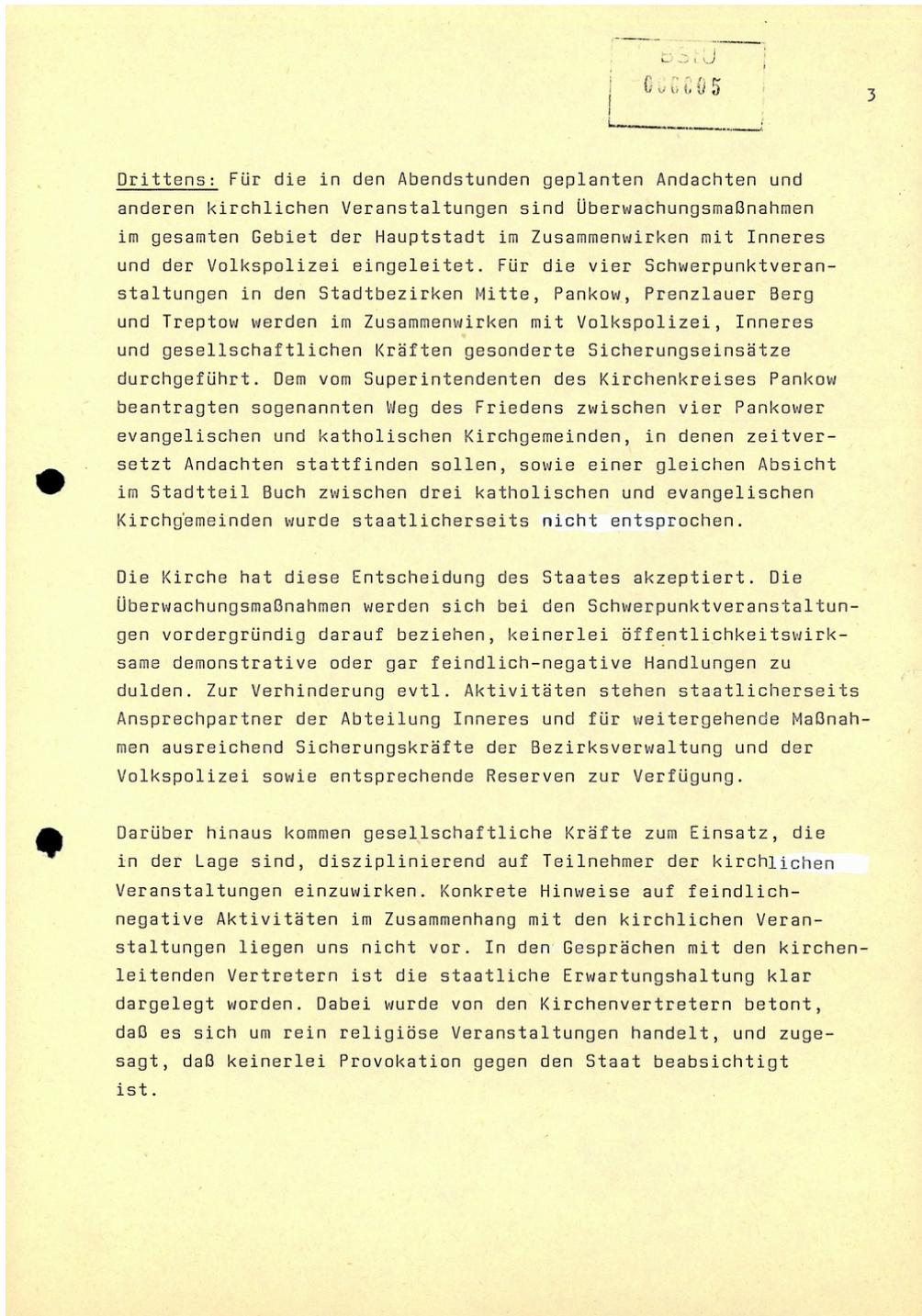
Wir haben aus diesem Grunde besonders Euch hierher gebeten, weil diese Fragen natürlich operative Maßnahmen erfordern. Wir stehen ja unmittelbar vor dem Weltfriedenstag und dem 50. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges. Nun ist die Sache so: Ich könnte dazu Ausführungen machen, aber wir können auch so verfahren, daß wir jetzt den Genossen gleich das Wort erteilen, die Schwerpunktberichte bei diesen Ereignissen sind.

Wir würden damit beginnen, daß der Vertreter von Berlin als erster spricht. Bei ihm sind drei Dinge: Kranzniederlegung, Tagung der Volkskammer und die Kundgebung im Friedrichshain mit der Übergabe der Friedensglocke durch die japanischen Vertreter.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 8679, BL 2-80

Blatt 4

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 8679, Bl. 2-80

Blatt 5

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BStU
000006

4

Für die Veranstaltung der Übergabe mit der Friedensglocke - sie wird also eine Größenordnung annehmen von 7 500 Teilnehmern -. An der Veranstaltung teilnehmen werden die Mitglieder des Politbüros, Genosse Horst SINDERMANN und Genosse Günther SCHABOWSKI. Es handelt sich bei den Kundgebungsteilnehmern um ausgewählte Vertreter der Parteiorganisationen der territorialen Kreisleitung und der Kreisleitung der zentralen Staatsorgane. Die Partei hat ausreichend Parteidörner zu Sicherung dieser Veranstaltung darüber hinaus noch zur Verfügung gestellt.

Genosse Minister

Wie schätzt Ihr die Lage im allgemeinen ein? Und was ist mit unseren Materialien geschehen, die über die Bezirksebene bis zu den Kreissekretären gegangen sind? Wird damit gearbeitet? Zeigen sich irgendwelche Tendenzen des Wiedereinstellens, des Zurückweichens usw.?

Genosse Generalmajor HÄHNEL

Ich darf vielleicht kurz voranstellen, die Lage bei den Kräften des politischen Untergrundes und anderer feindlicher Gruppierungen ist im Moment etwa durch zwei Charakteristiken darstellbar.

Erstens meine ich, daß die geplanten Provokationen am 7. Juni und am 7. Juli Neue Grünstraße/Alexanderplatz und die daraufhin von uns eingeleiteten disziplinierenden Maßnahmen ganz sicher ihre Wirkung nicht verfehlt haben. Das trifft auch zu auf die im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Volksrepublik China durchgeführten Gegenmaßnahmen von uns. Wir schätzen ein, daß wir doch Hauptträger dieser feindlichen Bestrebungen mit unseren Maßnahmen getroffen haben und daß selbst kirchenleitende Kräfte im Augenblick bemüht sind, durch keinerlei öffentlichkeitswirksame Maßnahmen irgendwie das Verhältnis Staat - Kirche weiter zu beeinträchtigen.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

SSU
000007

5

Natürlich räume ich ein, daß die Urlaubsperiode sicherlich gewissen Einfluß auf diese Lageentwicklung genommen hat. Ungeachtet dessen ist die Wirksamkeit dieser Gruppen im kirchlichen Raum vorhanden. Wir haben uns bemüht, die Qualität, insbesondere der inoffiziellen Arbeit zu verbessern und durch gezielte Vorgangssarbeit in Absprachen und konkreten Festlegungen mit dem Leiter der Hauptabteilung XX intensiv weiter diese Entwicklung zu beobachten.

Die zweite Tendenz, die sich abzeichnet ist charakterisiert durch die Bemühungen der Kräfte um EPPELMANN, BÖTTGER und zielt in die Richtung ab, eigenständige Zusammenschlüsse zu schaffen auf DDR-Ebene, ungeachtet wie sie sich am Ende nennen mögen. Ein solcher erster Versuch wurde ja durch MECKEL auf dem bekannten Menschenrechtsseminar am vergangenen Wochenende in der Golgathagemeinde vorgetragen mit Hinweis auf die Bildung der sogenannten Initiativgruppe zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei. Diese Bestrebungen werden bei EPPELMANN laut in Interviews, die er fortgesetzt den Westmedien gibt.

Wir sind darauf eingestellt. Heute wird konkret zu dieser Absicht MECKELS ein Gespräch stattfinden zwischen dem Staatsapparat und dem Pfarrer HILSBERG, der ja Verantwortlicher der Gemeinde Golgatha ist. Auf Grund einer Aussprache, die im Staatssekretariat für Kirchenfragen stattgefunden hat, hat sich die Kirche bereiterklärt, daß HILSBERG von sich aus gewillt ist, den Hergang der Dinge zu schildern und bereit ist, dem Staatsapparat das Pamphlet, diese 5 Seiten des Entwurfs der Initiative, zu übergeben. Das Ergebnis wird uns heute Abend möglicherweise vorliegen.

Ich hatte die Gelegenheit, auf der Grundlage Ihrer zentralen Information, Genosse Minister, und der von uns daraus formulierten Information für den Genossen Günther SCHABOWSKI vor allem Kreissekretären Berlins und dem Sekretariat der Bezirksleitung - die Sitzung wurde vom Genossen Helmut MÜLLER persönlich geleitet - die Möglichkeit, den Genossen konkrete Hinweise über die Lage zu geben, sowohl was die Gruppierungen anbetrifft, ihre Aktivi-

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BSTU
000008

6

täten, Absichten und Ziele, als auch die Druckmaterialien, und über unsere Arbeit zur Eindämmung und Verhinderung der Herstellung und Verbreitung solchen Materials. Ich glaube, diese Beratung war sehr nützlich. Aus allen Kreissekretariaten sind Bemühungen erkennbar. Wir haben außerdem noch den Kreissekretären konkrete Personen und Materialien über die Gruppierungen gegeben soweit es ihre Kreise betrifft, damit man wirklich in der Lage ist, am Mann und am Gegenstand zu arbeiten.

Genosse Minister

Ich möchte wissen wie die Auswirkungen sind?

Genosse Generalmajor HÄHNEL

Genosse Minister, die Zeit ist natürlich relativ kurz gewesen, in der sich das vollzogen hat, das war etwa im Juli.

Genosse Minister

Im Juni haben wir das schon gegeben. Bis Ende Juni, Anfang Juli sollte es übergeben werden. Juli, August - 2 Monate; da müßte sich doch irgendwas tun oder müßte etwas sichtbar werden, was man einschätzen kann. Ist die Partei mobilisiert? Ich will nicht hören "der Erste Kreissekretär hat es entgegengenommen", aber sind nun die Genossen informiert und wie stellen sie sich dazu. Die Hauptfrage ist die Aktivität der Avantgarde der Partei.

Genosse Generalmajor HÄHNEL

Wir schätzen ein, daß das natürlich noch nicht die genügende Breite erreicht hat, die wir uns erhoffen.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BStU
000009

7

Genosse Minister

Ist es denn wesentlich?

Genosse Generalmajor HÄHNEL

Sagen wir ganz ehrlich. Wir hatten vorher eine Arbeitsgruppe, die* hoch existiert, wo die wichtigsten Abteilungsleiter in der BL zusammengefaßt sind und wo wir Genossen, die in den gesellschaftlichen Bereichen arbeiten, wo sie Rechenschaft ablegen, Aufträge entgegennehmen und da hat sich in verschiedenen Gruppierungen - wie z. B. Umweltbibliothek, jetzt beginnt man mit der Gruppierung "Arche" - schon etwas getan. Es sind sichtbare Auseinandersetzungen geführt worden. Ich kann aber jetzt unter dem Strich über mögliche Wenden und Erfolge beim besten Willen noch keine objektive Erklärung abgeben. Da muß man wirklich noch etwas Geduld haben, aber wir nehmen an, daß etwas in Bewegung gekommen ist durch unsere Information. Auf jeden Fall ist sie mit offenen Ohren aufgenommen worden.

Genosse Minister

Und wie ist es in den Betrieben, wie sieht es in den Betrieben aus, wie ist die Stimmung?

Genosse Generalmajor HÄHNEL

Das ist natürlich eine ganz komplizierte Frage, Genosse Minister, im Augenblick.

Genosse Minister

Das ist eine sehr einfache Frage. Das ist eine Frage der Macht, weiter nichts.

*) heute

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BStU
000010

8

Genosse Generalmajor HÄHNEL

Hauptschwerpunkt der Stimmung in der Bevölkerung sind die Vorgänge mit dem ungesetzlichen Verlassen über die Volksrepublik Ungarn und die Besetzung der diplomatischen Vertretung durch Bürger unseres Landes. Viele Stimmen ehrlicher Besorgnis kommen hoch, die da sagen, was gedenkt die Führung des Staates zu unternehmen, um dieser Sache Einhalt zu gebieten. Man befürwortet vom Grund her ganz konkret und in vielen Stimmen unsere Haltung zu den Besetzungen in den Vertretungen, bejaht diese Haltung, sagt aber, die Inkongruenz bestünde darin, daß man zwar Straffreiheit garantiert, das wird befürwortet, man aber diese Leute dann doch über kurz oder lang aus der Staatsbürgerschaft entläßt. Das ermutigt immer wieder Bürger zu solchen Handlungen, und solche Stimmen gibt es auch im Apparat Inneres, die sich ja mit den Kräften bei Genehmigungsangelegenheiten auseinanderzusetzen haben.

Genosse Minister

Wie ist denn also, wenn Du das so sagst, was könnten denn die Mitarbeiter, Kollegen oder wie ich sie nennen will, oder Genossen tun, um darauf einzuwirken, daß es sich nicht wiederholt die Sache?

Genosse Generalmajor HÄHNEL

Das ist eine komplizierte und schwierige Frage, Genosse Minister.

Genosse Minister

Das ist die Hauptfrage.

Genosse Generalmajor HÄHNEL

Ich muß Ihnen sagen, so objektiv wie sich das Bild abzeichnet, leider hört ein großer Teil der Bevölkerung die Mediennachrichten der Westsender bzw. ist davon beeinflußt; glaubt man leider auch

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BStU
000011

9

den Motiven, die in Interviews die DDR-Bürger gegenüber dem Feind äußern, und die Auseinandersetzung ist sehr hart. Aber es gibt sogar bis zur Toleranzschwelle Meinungen unter der Bevölkerung, die sagen, na gut, also die Gründe, die der Mann angab für seine Handlungsweise, erscheinen uns verständlich angesichts bestimmter Mängel, die wir selber im Alltag feststellen. Natürlich bemüht sich die Parteiorganisation intensiv, dagegenzuhalten. Das ist unbestritten, und ich muß der Berliner Parteiorganisation hier wirklich eine Menge Aktivitäten nachsagen, aber das wird wahrscheinlich nicht erschöpfend sein. Und was wir auch feststellen, ist, daß wir zu wenig in der Agitation offensiv vorgehen und mit unseren positiven Pfunden wuchern.

Also für die ganzen sozialpolitischen Maßnahmen, unsere Ergebnisse auf dem Wohnungsbau, ökonomische Ergebnisse, die sich wirklich sehen lassen können. Die werden ungenügend gewürdigt aber auch z. T. als selbstverständlich angesehen von der Bevölkerung.

Genosse Minister

Warum, also sie anerkennen die Vorzüge des Sozialismus und alles, was der Sozialismus bietet an Vorzügen, aber trotzdem wollen sie dann weg, weil, das betrachten sie als Selbstverständlichkeit und gehen darüber hinweg und kommen dann mit allen möglichen anderen Gründen, die sie vorschieben; deshalb wollen sie weg. Wie ist da die Auswirkung, wie sind da die Auswirkungen unserer Arbeit? Ich meine nicht unserer Staatssicherheit bloß, sondern die politische Einwirkung. Wir wollen ja hier etwas finden und wollen suchen und finden, was wir vorschlagen können, was noch verbessert werden muß.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BStU

000012

10

Genosse Generalmajor HÄHNEL

Das beschränkt sich im Großen und Ganzen auf ein paar Kernprobleme, wie wir das erarbeiten konnten, das ist vor allem die gesamte Palette der Versorgungsprobleme, das ist die Palette der Durchsetzung der Prinzipien der Leistungsgesellschaft, daß wirklich jeder gefordert wird und nur das bekommen sollte, was er wirklich ehrlich erarbeitet hat. Das ist die gesamte Palette der Mängel im Bereich der Dienstleistungen. Das sind zum Teil noch bestehende Ärgernisse bei der Lösung von Wohnungsproblemen, also ganz persönliche Anliegen und natürlich auch Querelen, was die Unkontinuität des Produktionsablaufes in den verschiedensten Bereichen der Industrie betrifft und wo nicht immer sofort eine Abhilfe möglich ist.

Und ein Problem stand natürlich auch noch im Vordergrund bei der Meinungsbildung der Bevölkerung: man ist doch erschreckt über die Masse der jungen Leute, die sich jetzt entschlossen haben, unser Land zu verlassen, und daß man Überlegungen dahingehend anstellt, wo bestehen denn die größten Defizite in der Bildungspolitik und in der politischen Ausprägung.

Genosse Minister

Da müßte die FDJ aktiv werden, wenn so viel junge Leute weggehen; die sind doch, die stehen doch daneben. Es ist doch eine isolierte Masse, die da weggeht, die ist doch mittendrin in der Bevölkerung, geht aus der Bevölkerung raus weg.
Naja, gut, danke. Es ist natürlich schwer.
Wollen wir mal den Dresdner hören, was der sagt. Das ist der Genosse Anders, Dresden.

1. Stellvertreter des Leiters der BV Dresden, Gen. Oberst ANDERS

Genosse Minister, Genossen Generale, Genossen Offiziere!

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BStU
600013

11

Genosse Minister

Ich möchte natürlich diesen ersten Tagesordnungspunkt, aber es ergeben sich - das läßt sich nicht trennen, deshalb die Ausführungen des Berliner Vertreters - über all die Fragen, die wir eigentlich behandeln wollen. Aber ich möchte aufmerksam machen: Man muß natürlich auch deutlich sagen, daß man die und die Maßnahmen getroffen hat zur Sicherung, damit am 1. September nichts passiert. Bekanntlich ist in Dresden allerhand vorgekommen.

Genosse Oberst ANDERS

Ich möchte davon ausgehen, daß zu den staatlichen Veranstaltungen, der Höhepunkt ist die Friedenskundgebung in Görlitz/Sgorzelez, wo ca. 3- bis 500 polnische Bürger teilnehmen werden, und in der Stadt Dresden Ehrungen an Gedenkstätten, daß abgestimmte Maßnahmen mit der SED-Bezirksleitung und durch unser Organ mit der Volkspolizei getroffen wurden. Wir haben auf dieser staatlichen Seite im Moment keine offenen Fragen, so daß wir davon ausgehen, daß der Ablauf ordentlich gewährleistet werden wird.

Durch die Kirche, die Landeskirche Sachsen, sind eine Reihe Veranstaltungen in einer Vielzahl von Kirchen, besonders in der Stadt Dresden, vorgesehen, wo durch eine zeitversetzte Gebetskette, wie sie es nennen, von Kirche zu einer anderen Kirche in den jeweiligen Stadtbezirken - es handelt sich dabei in der Regel um zwei, drei Kirchen - Gottesdienste durchgeführt werden.

Eine besondere Beachtung muß finden, daß von der bekannten Lucaskirche - sie befindet sich ca. 800 m entfernt von der Schumann-Gedenkstätte des antifaschistischen Widerstandskampfes - der Antrag gestellt wurde, daß ca. 70 bis 100 Personen ein Blumengebinde niederlegen wollen. Diesem Anliegen wurde stattgegeben. Wir haben gedeckte Maßnahmen, gedeckte Sicherung. Auch mit der Leitung der Gedenkstätte sind mit dem zuständigen Pfarrer die entsprechenden Vereinbarungen oder Absprachen getroffen worden, so daß wir aus staatlicher Sicht - das findet abends gegen 20.30 Uhr statt - dort eine besondere Aufmerksamkeit hineinlegen.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BSTU
000014

12

Es gibt also dazu konkrete Maßnahmen, die darauf aufbauen, daß wir in jeder Kirche einen Vertreter des Staates von der Abt. Inneres beauftragt haben, der mit dem jeweiligen Partner der Kirche, mit dem Pfaffen bereits jetzt Gespräche geführt hat, Festlegungen getroffen hat und ein sogenannter Ansprechpartner ist, wenn im Falle irgendwelcher Provokationen oder Plakatierungen Vorkommnisse in Erscheinung treten. Dann wird erst in erster Linie durch diese staatliche Seite Einfluß genommen. Es ist untersagt, daß irgendwelche Plakatierungen oder Märsche erfolgen; dazu hat es auf allen Ebenen mit der Landeskirchenleitung und auch mit den jeweiligen Pfarrern ausführliche Gespräche gegeben und auch Zusicherungen, so daß wir gegenwärtig keinerlei Informationen oder Anhalte haben, wonach negativ-feindliche Aktivitäten bekannt wurden.

Es gibt bei uns die bekannte Untergrundgruppe "Wolfspelz". Sie tagt heute und will sich damit beschäftigen, welche Maßnahmen ihrerseits evtl. dort noch zu treffen sind. Im Moment haben sie für morgen keine Aktivitäten festgelegt - ich sage zu dieser Gruppe noch etwas -, so daß ich einschätzen kann, daß auch in den Kreisen - Schwerpunkt ist dabei noch Meißen, Coswig und Dippoldiswalde - alle Voraussetzungen unsererseits getroffen wurden, um diese Aktivitäten in oder an der Kirche oder in unmittelbarer Umgebung unter Kontrolle zu halten und bei Auftreten auch zu verhindern.

Einen Gedanken zur Umsetzung Ihrer Weisung, Genosse Minister. Auch bei uns wurde dieses Material durch den 1. Sekretär der Bezirksleitung und auch mit dem Ratsvorsitzenden umgesetzt in der Form, daß alle 1. Kreissekretäre persönlich dazu aufgefordert/ eingewiesen wurden, daß heute eine Beratung des 1. Sekretärs darüber stattfindet, wie abgerechnet werden muß. Ich habe darüber gestern nochmals mit Gen. Modrow beraten, daß es darauf ankommt, daß der Rücklauf, das Ergebnis dieser Festlegung auch beim Ersten wieder auf den Tisch kommen muß. Wir schätzen ein, es ist in die Breite gegangen, es ist auch bis in die Organisationen oder Betriebe vorgedrungen, aber die Umsetzung vor Ort - das wird auch

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

13

BSU
000015

durch unsere operativen Mitarbeiter bestätigt oder festgestellt - ist sehr unterschiedlich, und dort müssen wir den Schwerpunkt darauf legen, daß mit diesen Personen gearbeitet wird.

Ich kann hier berichten - aus der Lage bei uns - das betrifft Gittersee. Ich darf hier nochmals unterstreichen, daß der nächste Gottesdienst - entsprechend der Kirchenplanung - am Sonntag, den 3. September wiederum stattfindet, daß wir große Aktivitäten entwickelt haben in den letzten Wochen, um dem Einhalt zu gebieten. Das ist durch die staatlichen Gespräche noch nicht gelungen. Aber seit dem Auftreten des Staatssekretärs, Genossen Nendel, - das wurde nun auch in der Presse veröffentlicht; dort mußten wir mächtig nachschieben, daß nun endlich mal in der Öffentlichkeit geschrieben wird - das hat Wirkung erzielt. Das hat auch Reaktion unter den Pfaffen erzeugt. Sie sind in widersprüchliche Gedanken gekommen, und wir haben jetzt die Zusicherung, die wir natürlich immer sehr vorsichtig beurteilen müssen, daß am Sonntag in der Kirche gesagt werden soll, dies ist der letzte Bittgottesdienst, da mit dem Auftreten des Genossen Nendel eine Reihe Antworten staatlicherseits den Kirchengemeindemitgliedern gegeben wurden und daß auf ihren Wunsch hin das weitere Gespräch mit allen Dresdner Sups verlegt worden ist nach dem Gespräch, was der Staatssekretär Löffler und Nendel am 7. in Dresden mit der Kirchenleitung, an der Spitze Bischof Hempel, und allen anderen Sups führen wird.

Das ist also gegenwärtig bei uns eine sehr kritische Reaktion auch der Bevölkerung, die zu einem nicht geringen Teil nicht das notwendige Verständnis für den Bau dieses Werkes aufgebracht hat, und wo die Überzeugung, die Argumentation nicht ausreichend bisher umgesetzt wurde.

Der Leiter der Verwaltung, Genosse Böhm, hat wiederholt schriftlich und auch persönlich zu diesen Forderungen Stellung genommen, und wir haben jetzt erreicht, daß auch das Wohngebiet, dort, wo dieser Gottesdienst stattfindet und wo im Nachhinein - ja am letzten Bittgottesdienst war es so - versucht wurde, eine sogenannte Ansammlung im Sitzen vor dem Werk zu organisieren, die wir verhindern konnten.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BSU
600016

14

Wir rechnen damit und sind vorbereitet, daß erneut ein Teil dieser Personen versuchen wird, das Werk zu besichtigen oder dort provokative Handlungen durchzuführen. Wir haben im Zusammenhang mit den durchgeführten Maßnahmen vom 6. August alle identifizierten bekannten negativ bis feindlichen Personen aufgelistet, haben die auf diesem Wege über die Bezirksleitung und Kreisleitungen an den Mann gebracht, also in die Betriebe, um mit ihnen allen das politische und staatliche Gespräch darüber zu führen, daß sie überzeugt werden und Abstand nehmen von ihren Handlungen, was dieses Werk betrifft.

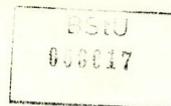
Eine Bemerkung möchte ich noch tun. Bei uns gibt es gegenwärtig ein Drittel der Stadt, das durch Privatinitaliven fernsehmäßig verkabelt wurde und damit das Satellitenfernsehen sieht. Zwei Drittel sehen es nicht, und das führt frühmorgens in der Stadt, in den Betrieben natürlich zu vielen Diskussionen, wo dann die, die es nicht sehen, immer die Frage stellen, was ist denn nun, wer hat denn nun recht, oder was hast du nun für Argumente, und der andere zweifelt an diesen oder jenen Erscheinungen. Damit müssen wir uns auch politisch schneller in der Öffentlichkeit auseinandersetzen. Das ist auch die Orientierung, die der 1. Bezirkssekretär dort erneut gegeben hat. Wir selber haben dazu konkrete Festlegungen getroffen, um in politischer Hinsicht unsere Genossen so auszurichten, daß sie nicht nur über das reden, was auf einem anderen Kanal kommt, sondern über die Dinge, die auch durch uns in der Presse, wie jetzt in der "Jungen Welt", oder auch in örtlichen Kommentaren sichtbar wurden.

Genosse Minister

Aber bis dahin hatten sie überhaupt keinen Empfang, einen ganz schwachen Empfang?

Genosse Oberst ANDERS

Wir hatten in Dresden keinen, nur auf ein paar Höhenzügen, wo das von Berlin aus zu empfangen war.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

15

Genosse Minister

Nun habt Ihr einen besseren Empfang, einen normalen. Das muß man auch mal sehen.

Der Sozialismus ist so gut; da verlangen sie immer mehr und mehr. So ist die Sache. Ich denke immer daran, als wir erlebten, ich konnte auch keine Bananen essen und kaufen, nicht, weil es keine gab, sondern weil wir kein Geld hatten, sie zu kaufen. Ich meine, das soll man nicht so schlechthin nehmen; das soll man ideologisch nehmen, die Einwirkung auf die Menschen.

Genosse Oberst ANDERS

Die Lage wird bei uns auch noch gekennzeichnet durch einen enormen Reisestrom über die Grenzübergangsstellen mit dem Schwerpunkt Bad Schandau/Eisenbahn und Zinnwald/Straße. Wir haben dort verstärkt durch den Einsatz von Zöllnern und unseren Mitarbeitern, auch besonders unserer gesamten Abteilung IX, allein seit dem 5. August 300 Aussetzungen und damit Prüfungshandlungen durchgeführt, wo 60 % mit Ergebnissen des Nachweises von negativ-feindlichen Handlungen erarbeitet wurden. Das sind weit über 100 Ermittlungsverfahren, und im Moment hält dieser Strom weiter an. Wir haben dort alles organisiert und sind in der Beratung. Wir müssen uns die, die heute noch den Antrag stellen oder schon gestellt haben, gründlicher ansehen, damit wir wissen, der ist im Besitz eines Visums, das ist kein Antragsteller, dann haben wir keinen Grund, ihm vielleicht Visa nicht zu geben oder zu entziehen. Aber dann müssen wir ihn an der Grenze kontrollieren. Und die Ergebnisse, die wir haben, zeigen eigentlich, daß wir dort über ihn was finden, was Anhalte sind, um ihn nicht rauszulassen. Und das ist sicher eine Maßnahme, die wir bei uns eingeleitet haben, daß kein Antragsteller oder auch anderer bekannter Vogel rausfährt, ohne daß wir das nochmal geprüft haben und daß dann gezielt eine Ausreisefahndung mit Zollkontrolle an der Güst eingeleitet wurde.

Genosse Minister

Danke. Der Genosse aus Erfurt bitte mal.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BSU
000018

16

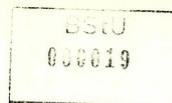
Genosse Generalmajor SCHWARZ

Genosse Generaloberst, liebe Genossen!

Ich glaube, daß man mit Recht sagen kann, daß die Lage bei uns im Bezirk sehr stabil ist, natürlich ebenfalls gekennzeichnet durch die Probleme, die bereits durch Genossen Hähnel hier dargelegt worden sind. Ausgehend von einer erweiterten Sekretariatsitzung vor drei Wochen hat der 1. Sekretär eigentlich eine sehr große politisch-ideologische Offensive gestartet. Es waren alle Kreissekretäre eingeladen. Das Material, was wir zur Verfügung gestellt haben, ist ausgewertet worden. Es ist ausgewertet worden, was der Generalsekretär in dieser Politbürositzung sagte, und letztendlich eine Information, die ich an den 1. Sekretär gegeben habe im Zusammenhang mit den ganzen Problemen des Verbleibens von Bürgern des Bezirkes in der BRD.

Ich muß sagen, man kann das natürlich gar nicht so ohne weiteres auf einen Nenner bringen, es sind ja vielschichtige Ursachen, Ursachen, die - meines Erachtens nach - eine ganze Palette von Problemen beinhalten, wie Versorgungsfragen, Dienstleistungsfragen, die ohne Zweifel stehen, Fragen, die natürlich auch oftmals viele tausend Kleinigkeiten berühren, z. B. Autoersatzteile. Wir sind der Sache nachgegangen und haben festgestellt, daß es vielleicht gar nicht mal an Autoersatzteilen mangelt, obwohl eine ganze Reihe einfach nicht da sind, aber es hat sich natürlich herausgestellt, daß auch eine ganze Reihe von Autoersatzteilen durch die Schlosser selbst, durch die Angehörigen der Betriebe schon unter der Hand gehandelt werden, wo der normale Mensch praktisch nicht rankommt, wo also Westgeld verlangt wird und sonstige Geschichten; also solche Dinge, die die Menschen verärgern.

Ich muß dazu sagen, diese Information ist bei meinem 1. Sekretär nicht nur auf Positives gestoßen. Es gab ein paar Dinge, wo er nicht mit einverstanden war, und trotzdem hat er sie ausgewertet und hat sie also in Reih' und Glied gebracht.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

17

Ein zweites Problem, was gegenwärtig für die Lage charakterisierend ist, sind die Maßnahmen, auf die wir uns vorbereitet haben zum 1. 9. Ich sehe hier keine besonderen Schwerpunkte. Wir haben eigentlich im Grunde genommen Stationsgottesdienste, ähnlich wie sie eben vom Genossen Anders gesagt worden sind, wo also ein sogenannter stiller Weg ohne Kerzen, ohne Kreuze, Plakate oder sonstigen Dingen von Kirche zu Kirche gegangen wird, jeder Gottesdienst ca. 20 Minuten in Anspruch nimmt, und sie finden alle relativ am späten Abend statt.

Schwerpunkt sehe ich noch in Weimar, wo wir eine sogenannte türkische Nacht haben. Das sind vor allen Dingen die Vertreter, die damals bei der Kirchenbesetzung besonders aktiv waren um diese Gruppierung eines Pfarrers KRANZ, die dort also ein ganzes Nachprogramm abwickeln wollen.

Ich glaube, ein zweites Problem, worauf wir uns vorbereiten müssen, da sind wir mit der Hauptabteilung XX sehr aktiv im Gespräch, ist die bevorstehende Bundessynode jetzt im September in Eisenach. Die ersten Informationen, die wir von den inoffiziellen Mitarbeitern haben, bringen zum Ausdruck, daß eine Reihe von leitenden, kirchenleitenden Leuten bis zu den Vorsitzenden des Bundes, also Bischof LEICH, keine richtige Position beziehen wollen. Deswegen auch sein Wunsch, gegenwärtig noch ein Spitzengespräch vor dieser Synode zu machen. Er ist ein alter Taktiker und beabsichtigt eigentlich, ausgehend von diesem Spitzengespräch, sich dann so hinzustellen - das kann positiv sein, muß aber auch nicht, diese Absicht muß noch ein bißchen abgeklärt werden - hinzustellen und zu sagen, naja, das ist eigentlich alles besprochen worden in diesem Gespräch. Deswegen möchten wir keine Veröffentlichung.

Genosse Mittig und Genosse Kienberg kennen die Information. Wie gesagt, wir müssen wahrscheinlich dranbleiben, sonst kann diese Synode ganz stark mobilisierend auf feindlich-negative Kräfte wirken.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BStU
000020

18

Es gibt im Moment noch keine Papiere, keine Dokumente, die vorbereitet werden. Aber man muß dazu sagen, in der Beziehung halte ich unter den gegenwärtigen Bedingungen den Bischof LEICH nicht für berechenbar. Das sehe ich als den Schwerpunkt, auf den wir uns konzentrieren müssen, um bis zum 15. 9., bis zur Eröffnung der Synode, die wahren Absichten aller Beteiligten, vor allen Dingen der kirchenleitenden Kräfte des Bundes, herauszuarbeiten, um rechtzeitig Einfluß zu nehmen und auch die Situation und die Lage auch auf diesem Gebiet voll zu beherrschen.

Genosse Minister

Du kennst den neuesten Stand nicht, wie das gemacht wird mit LEICH, daß der Löffler mit ihm spricht. Da soll er mit ihm alles besprechen. Das andere Gespräch wird dann also später.

Genosse Generalmajor SCHWARZ

aufgeschoben.

Das sind eigentlich im wesentlichen Probleme, die ich hier zur Lage zu sagen hätte.

Genosse Minister

Und wie viele hauen von Dir ab aus Erfurt?

Genosse Generalmajor SCHWARZ

Über die Ungarische Volksrepublik bis zum heutigen Tage 355, vorrangig Jugendliche. Natürlich möchte ich auch dazu sagen, Genosse Minister, es sind eine Reihe von jungen Menschen weggegangen, um die es eigentlich nicht schade ist; viele, die ohne Arbeitsrechtsverhältnis sind, die also bei den Kreisdienststellen und vor allen Dingen noch mehr bei der Kriminalpolizei bekannt sind. Leider sind ein paar Jugendliche dabei, die aus gutem Elternhaus sind - bis zum Mitarbeiter.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BSI U
000021

19

Genosse Minister

Und wie ist die Stimmung in den Betrieben?

Genosse Generalmajor SCHWARZ

Dort, wo wir die Hauptkraft oder wo die Parteiorganisation die Hauptkraft konzentriert, würde ich sagen, ist sie sehr gut. In dem Kombinat Umformtechnik z. B. oder in den Kombinaten Mikroelektronik. Da hat sich diese Aktion, die Übergabe des 32-Mikroprozessors, positiv ausgewirkt. Natürlich gibt es dort auch Probleme, die mit Umweltschutzfragen zusammenhängen, aber ich habe da einen ganz vernünftigen Weg - glaube ich - eingeschlagen. Wir arbeiten mit dem Generaldirektor direkt zusammen und haben manche Probleme aufgegriffen und das Verständnis des Generaldirektors gefunden, wo er selbst Probleme umsetzt, und ich glaube, dieser Weg scheint mit eigentlich sehr gut und brauchbar zu sein.

Genosse Minister

Gut, danke.

Genosse aus Gera. Ist der Genosse Leiter da?

Genosse Dangrieß.

Genosse Oberst DANGRIEß

Genosse Minister!

Bezogen auf die erste Fragestellung der Maßnahmen zur Sicherung der Veranstaltung zum 1. 9. kann ich hier ausführen, daß es gravierende Veranstaltungen staatlicher Art nicht gibt, die im Bezirk zu sichern sind; daß es allerdings eine Reihe geplanter Aktivitäten der Kirche gibt, die uns bekannt geworden sind, insbesondere ausgehend von der evangelisch-lutherischen Kirche in Thüringen, wonach alle Pfarrämter aufgefordert wurden, in die Gottesdienste um den 1. 9. herum Fürbitten einzubinden, einzurichten, und zweitens - angeregt durch die 3. Vollversammlung der ökumenischen Versammlung der Kirchen der DDR im April 89 in

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BStU
030022

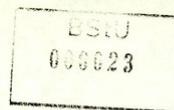
20

Dresden - sollen sogenannte ökumenische Friedenspfade organisiert werden in Jena und Gera. Wir haben die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet. Es existiert bei uns eine Bezirkskoordinierungsgruppe für Kirchenfragen beim Rat des Bezirkes, wo wir mit verankert sind. Nach erfolgter Absprache mit dem 1. Sekretär der Bezirksleitung wurde mit den zuständigen Amtsträgern, insbesondere in Jena und Gera, dort, wo solcherart Aktivitäten geplant sind, gesprochen; es wurden staatliche Auflagen erteilt; es wurde die Zusage gegeben, sich daran halten zu wollen.

Parallel zu diesen staatlichen Maßnahmen wurde in operativen Kontaktgesprächen mit unmittelbar verantwortlichen Pfarrern festgestellt, daß von deren Seite kein Interesse an Aktionen besteht, die staatlicher Erwartungshaltung zuwiderlaufen könnten. Wir haben die notwendigen Maßnahmen eingeleitet durch die IM in kirchenleitenden Schlüsselpositionen auf der Ebene der Visitationsbezirke und Superintendenturen sowie unter kirchlichen Amtsträgern an der Basis, unsere Auflagen noch mit zu untermauern, mit denen es möglich ist, zu korrespondieren, damit auch sie ihren Einfluß geltend machen auf den reaktionären Teil, der uns personifiziert bekannt ist. Alle Maßnahmen wurden in Abstimmung mit der Hauptabteilung XX/4 vorbereitet und durchgeführt.

Im Ergebnis der eingeleiteten Maßnahmen liegen zu diesen Dingen bisher keinerlei Hinweise auf den Mißbrauch der kirchlichen Veranstaltungen für politische Provokationen vor. Weiterhin halten wir das selbstverständlich unter politisch-operativer Kontrolle. Das zu den Maßnahmen, die insbesondere zum 1. 9. eingeleitet worden sind.

Zu den Problemen Ihrer Weisungen bezüglich der Informationsübergabe an die Partei zur Lage, insbesondere im politischen Untergrund, sind im Verlaufe des Jahres - nicht erst, nachdem diese konkrete Weisung erging - ständig Informationen an den 1. Sekretär gegangen, die dann noch mal eine Zusammenfassung erfahren haben, wie Sie das festgelegt hatten.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

21

Durch den 1. Sekretär wurden auch vorher schon Beratungen durchgeführt mit den zuständigen 1. Kreissekretären, wo Schwerpunkte sind, insbesondere in Jena. Dort sind sehr konsequente Forderungen von ihm erteilt worden - auch an die dort angesiedelten Kreisorganisationen der Partei, z. B. die Universitätskreisparteiorganisation. Dort wurde mit Nachdruck verlangt, - auch von dem zuständigen Sekretär -, sich stärker darum zu kümmern, daß die Parteiarbeit im Territorium angekurbelt wird und diesen negativ-feindlichen Tendenzen und Aktivitäten, die zu verzeichnen sind, auf die wir aufmerksam gemacht haben, konsequent entgegengewirkt wird.

Ich muß dazu sagen, daß das sehr detailliert unsererseits erfolgt ist, wo welche Gruppierungen existent sind, von denen Gefahren ausgehen können, daß allerdings die Reaktion darauf bezüglich erforderlicher Aktivitäten, die auch von dem 1. Sekretär festgeschrieben worden sind, daß die Reaktion darauf unterschiedlicher Art ist, also die Mobilisierung auch gesellschaftlicher Kräfte und der Parteiorganisation im jeweiligen Territorium doch von unterschiedlicher Art ist. Das macht erforderlich, daß wir immer wieder mit Nachdruck auch darauf verweisen müssen, welche Probleme wo noch anstehen und zu lösen sind, und vor allen Dingen darauf aufmerksam machen müssen, daß das gesamte Entgegenwirken einen Prozeßcharakter tragen muß und nicht eine einmalige Sache ist.

Und das fällt natürlich nicht selten einigen Genossen nicht nur schlechthin schwer, sondern es ist sichtbar, daß es doch daran mangelt bezüglich der Wahrnehmung ihrer Verantwortung, und dort können wir immer nur mit Beispiel operieren, feststellen und sagen, so ist die Lage, Genossen. Vor allen Dingen müssen wir aufpassen, daß wir nicht den "Schwarzen Peter" zugeschoben bekommen in allen Fragen. Nicht selten ist es auch so, das muß man hier sagen, daß den Informationen gegenüber es auch Vorbehalte dahingehend gibt, man sucht nicht selten in erster Linie nach den Urhebern, nach den Quellen, ehe man sich daran macht, etwas zu verändern,

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BSU
000024

22

so wie es eigentlich richtigerweise auch festgeschrieben ist und festgelegt worden ist. Also ich kann das so einschätzen, daß von der Bezirksleitung, von dem 1. Sekretär, mit der notwendigen Konsequenz gefordert wird, aber daß natürlich die Umsetzungsfragen nicht in jedem Falle den Erfordernissen entsprechen.

Das ist auch analog zu sehen und zu verzeichnen, was die Wirksamkeit des Staatsapparates betrifft. Wenn ich das mal bei-spielhaft hier anführen darf, wir haben auf die Lage, insbesondere, was den gesamten Zurückdrängungsprozeß bzw. die Bewältigung der Probleme im Zusammenhang mit den Antragstellungen auf Übersiedlung betrifft, immer und ständig wieder darauf aufmerksam gemacht, daß die Abteilungen Innere Angelegenheiten zu verstärken sind. Das wird von der Partei auch so getragen und gefordert, aber die Umsetzung läßt maßgeblich zu wünschen übrig. Und selbst dort, wo wir Hilfe geleistet haben, indem wir auch Genossen dorthin mit abgestellt haben, und weiter runter in die Territorien, setzt sich das nach unserem Dafürhalten nicht in genügendem Maße fort.

Wir müssen sagen und so einschätzen, daß eigentlich dort, wenn die Abteilung Inneres im ausreichenden Maße durch gute Genossen und qualifizierte Leute stark gemacht sind, der Prozeß ja beginnen muß. Und wenn dort es lediglich schon zu einer formalen Entgegennahme dieser Anträge kommt mit der Maßgabe, sie erhalten Bescheid, und in einem halben Jahr bekommen sie eine Antwort, dann ist das völlig unzureichend. Dort ist eigentlich schon eine Möglichkeit vorhanden, die wir uns völlig vergeben, ihre Motive kennenzulernen, mit ihnen die Gespräche so zu führen, daß wir auch kennenlernen, was im Detail sie bewegt, und nicht nur globale Feststellungen, die nicht selten dort enthalten sind und gravierend im Raume stehen wie Unfreiheit, keine Reisemöglichkeit, sondern weiter in die Tiefe zu gehen.

Das verschenken wir uns.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BS:U
000025

23

Demzufolge ist auch die Kommunikation zu den Betrieben und Einrichtungen zwar formal existent, aber nicht vom Detail her so ausgeprägt, wie es eigentlich sein müßte. Das muß man ganz einfach konstatieren. Das vielleicht mal zur Lage, Genosse Minister, auch was die Gesuchsschreibung betrifft und wie der Staatsapparat da reagiert.

Genosse Minister

Wie schätzt Ihr die Gesamtlage ein?

Genosse Oberst DANGRIEB

Genosse Minister, ich würde sagen, natürlich ist die Gesamtlage stabil. Aber diese Tendenzen im gesamten Diskussionsgeschehen, die da betreffen die Ungarnprobleme, die maßgeblichen Verbleiber,* das stimmt einerseits doch viele auch progressive Kräfte nachdenklich, vor allem auch im Hinblick auf die Konsequenzen.

Genosse Minister

Ist es so, daß morgen der 17. Juni ausbricht?

Genosse Oberst DANGRIEB

Der ist morgen nicht, der wird nicht stattfinden, dafür sind wir ja auch da.

Genosse Minister

Du verstehst den Sinn?

Genosse Oberst DANGRIEB

Ja, ich verstehe.
Man muß sicherlich auf diese Aspekte aufmerksam machen, die im Diskussionsgeschehen doch eine maßgebliche Rolle spielen.

*) die hohe Anzahl der Verbleiber,

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BStU
000026

24

Was wird nun dagegen unternommen?

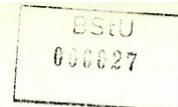
Also ist eine stark ausgeprägte Erwartungshaltung doch zu verzeichnen unter breiten Bevölkerungskreisen, und alle diese Probleme, die auch von den Vorgängern hier angesprochen worden sind, die die Versorgungslage betreffen, die sind natürlich nicht unmaßgeblich in diesem Zusammenhang mit zu sehen, nicht dargestalt, daß man nun von einem ausgesprochenen Pessimismus reden kann, aber daß man doch von einer allgemeinen Unzufriedenheit unter der Bevölkerung sprechen muß. In dieser Art und Weise ist unse-
rseits auch die Information vom Grundtenor her angelegt, die an die Parteiführung im Bezirk ergangen ist.

Genosse Minister

Dankeschön. Dann Genosse Manfred Hummitzsch.

Genosse Generalleutnant HUMMITZSCH

Genosse Minister, Genossen Generäle und Offiziere!
Zuerst eine Bemerkung zu Aktivitäten anlässlich Weltfriedenstag, morgen 1. September bzw. in den darauffolgenden Tagen.
Es gibt bei uns zwei Veranstaltungen; eine Veranstaltung, die durchgeführt wird unter der Regie DFD, Nationale Front, Gewerkschaften - eine Demonstration der Frauen und jungen Mädchen.
Anwesend ist die Genossin Lange, Referentin ist die Genossin Thiele. Es gibt zu dieser Veranstaltung, die im Clara-Zetkin-Park durchgeführt wird, umfangreiche Sicherungsmaßnahmen. Es gibt keine Hinweise auf Störungen. Die Lagebeurteilung ist so, daß wir dort auch nichts erwarten. Die kirchlichen Aktivitäten erstrecken sich auf eine Personenbewegung am Strand, im Stadtgebiet Südwest zwischen drei Kirchen, wo auf dem Gelände eines Betriebes, GISAG-Kombinat, dort noch Räumlichkeiten bzw. Baracken existieren, wo ausländische Arbeitskräfte in der Zeit des Faschismus dort untergebracht waren, Verbrechen vorgenommen wurden, dort ein Blumengebinde niedergelegt wird. Die Kirche wurde belehrt.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

25

Die teilnehmenden Personenkreise - wir schätzen ein, daß sie nicht zu den Kräften des Untergrundes gehören, wie das an den anderen Schwerpunkt Kirchen bei uns der Fall ist. Von der Seite aus erwarten wir nichts.

Genosse Minister, wenn Sie gestatten, die Messeproblematik jetzt schon zu berühren oder?

Genosse Minister

Nein, das machen wir nachher.

Genosse Generalleutnant HUMMITZSCH

Was die von Ihnen gestellte Frage anbetrifft der ausgelösten Aktivitäten aufgrund unseres Materials - das war nämlich so: Wir hatten aufgrund der Lageentwicklung in unserem Bezirk in den letzten Monaten einen entsprechenden Vorlauf, da wir bereits vor der Übergabe des Materials aus der Lage her gezwungen waren, den zuständigen Kreisorganisationen der Partei auch Listen von Namen dieser relevanten Personen zu übergeben. Sie sehen ja Genossen Schumann. Wir hatten erreicht, Genosse Minister, das ist Ihnen bekannt, daß daraufhin zwei Beschlüsse des Sekretariats der Bezirksleitung gefaßt wurden auf der Grundlage dieses Materials, das allen Kreisorganisationen zugestellt wurde, wo auch eine ganze Reihe Aktivitäten entwickelt wurde. Wir haben dann befehlsgemäß bis 30. 6. das umfangreiche Material übergeben an den amtierenden 2. Sekretär der Bezirksleitung und die 1. Sekretäre der Kreisleitungen, Stadtteilungen, Stadtbereichsleitungen. Ähnlich wie die Genossen das vor mir eingeschätzt haben wurde in einer Beratung mit den 1. Sekretären eine Auswertung vorgenommen, auf die Bedeutung des Materials hingewiesen. Das hat sich nach unten bis zu den Kreissekretären und der Anleitung der Parteisekretäre fortgesetzt.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BStU
000028

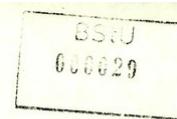
26

Die Wirkungen sind außerordentlich differenziert. Von Aktivitäten in den Bereichen, wo starke Parteiorganisationen bestehen, als auch - ich muß es so einschätzen - bis hin zur Kenntnisnahme. Es ist vorgesehen, nach den Tagen der Leipziger Herbstmesse, daß vor dem Sekretariat der Bezirksleitung, Kreissekretariate über die Verwirklichung der vorhandenen Beschlüsse des Sekretariats der Bezirksleitung und über die Aktivitäten zu den übergebenen Materialien berichtet wird.

Ich beurteile das so, Genosse Minister. Das ist ein Anfang. Wir sind noch weit, weit davon entfernt, daß die gesamte Partei geschlossen und einheitlich hier in die Offensive geht. Alles andere wäre Augenauswischerei. Es ist unbedingt notwendig, daß wir hier dranbleiben und daß wir die übergebenen Informationen auch aktuell ergänzen und präzisieren. Nicht, daß wir jetzt davon ausgehen, wir haben das Material übergeben, in unseren Aktivitäten nachlassen. Auf keinen Fall erlaubt die Lage das.

Was die Gesamtstimmung anbetrifft, so wie das hier bereits dargestellt wurde, ich kann das also hier genauso einschätzen: Die Stimmung ist mies. Es gibt umfangreiche Diskussionen über alle berechtigten und unberechtigten Probleme, die es gibt, und was uns hierbei besonders bewegt, es gibt solche miese Stimmungen auch innerhalb der Parteiorganisation. Wir haben zwar erreicht mit den Mitgliederversammlungen, die im August durchgeführt wurden auf Beschuß des Sekretariats, Kommunist sein, heißt kämpfen und verändern. Das hat eine sehr gute Resonanz gezeigt. Es wurde mehr diskutiert, und die Versammlungen gingen länger als bisher. Es ist eine gewisse Bewegung entstanden. Aber so, wie wir die Partei uns vorstellen, daß sie in die Offensive geht und sich offensivwürdig mit den Dingen auseinandersetzt, das ist im Moment aus meiner Sicht jedenfalls nicht erreicht, und das Sekretariat sieht das genauso.

Es gab eine Beratung mit den 1. Sekretären vergangene Woche, die der 2. Sekretär - Genosse Schumann ist ja bekanntlich leider erkrankt, der uns im Moment auch tatsächlich sehr fehlt - leitete.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

27

Das war sehr konstruktiv, sehr offen, eigentlich so, wie es lange nicht war, wo wir das jahrelang nicht kannten, wo die Lage doch viel viel nüchtern eingeschätzt wurde als wie bisher die allgemeine Volkstrommelei, die fehlte, sondern es wurde auch ganz offen die Problematik angesprochen, Antragsteller und die Entwicklung des ungesetzlichen Verlassens der DDR, Ungarnereignisse usw. usf.

Ansonsten, was die Frage der Macht betrifft, Genosse Minister, wir haben die Sache fest in der Hand, sie ist stabil. Wir haben auch nicht eine solche Situation, wie wir das aus der Vergangenheit kennen, aber es ist außerordentlich hohe Wachsamkeit erforderlich und differenziert territorial sehr unterschiedlich und objektmäßig. Es ist tatsächlich so, daß aus einer zufällig entstandenen Situation hier und da auch ein Funke genügt, um etwas in Bewegung zu bringen.

Wir dürfen nichts unterschätzen, müssen jeder - auch der kleinsten - Sache nachgehen, und allein mit einer Information nur an die Führung der Partei ist auch nichts abgetan. Da müssen wir vor Ort selbst aktiv werden.

Wenn Sie gestatten, die Bemerkung zur Messe. Hier konzentrieren wir uns zur Leipziger Herbstmesse auf folgende Schwerpunkte: Zuerst auf den zuverlässigen Schutz und die Sicherheit der Präsentanten und ihre Teilnahme an den Hauptveranstaltungen einschließlich der Protokollwege, Hauptveranstaltung im Gewandhaus und der Messerundgang. Da sind wir jetzt dabei, gemeinsam mit den Genossen der Hauptabteilung PS die letzten Präzisierungen vorzunehmen. Da gibt es keine Hinweise auf Störungen oder Provokationen.

Wir konzentrieren uns weiter auf den möglichen Besuch von Persönlichkeiten aus dem nichtsozialistischen Ausland. Im Moment steht noch der Besuch Momper. Da sind wir dabei, sobald uns das Programm übergeben wird, die Details zu präzisieren.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BSU
000030

28

Der Besuch von Kiechle, des Landwirtschaftsministers, ist nach den gestrigen Informationen abgesagt, und er wird die Leipziger Messe nicht besuchen.

Das dritte Problem - und in der Rang- und Reihenfolge vorrangiger Schwerpunkt - sind die Aktivitäten des politischen Untergrundes und der reaktionären Kirchenkräfte. Da hat die absolute Priorität das bekannte Montagsgebet am 4. 9.

Die Lage ist so, Genosse Minister, nachdem jetzt acht Wochen Pause war - und wir dort außer ein paar unbedeutenden Einzelbewegungen im Vorfeld der Kirche, die wir unter Kontrolle hatten - findet jetzt zur Messe am 4. 9., 17.00 Uhr das erste Mal wieder dieses operativ relevante "Friedensgebet" statt.

Alle Bemühungen, die unternommen wurden bis hin zum Staatssekretär für Kirchenfragen, mit den leitenden Kirchenorganen zu einer Verständigung zu kommen, daß eine zeitliche Verlagerung bzw. ein Aussetzen dieser Veranstaltungen während der Messe erreicht werden sollte, sind ohne Ergebnis. Die Kirche hat schriftlich erklärt gegenüber dem Oberbürgermeister - ein Gespräch mit dem Kirchenvorstand durch Genossen Löffler steht noch aus, da verspreche ich mir aber gar nichts davon - sie werden dieses "Friedensgebet" durchführen, sie sind nicht in der Lage, es abzusetzen. Es ist eine traditionelle kirchliche Veranstaltung; sie wollen im Gespräch bleiben, sie sind bereit zu diesem Gespräch, aber in bezug auf eine Verlegung des Termins sind sie nicht ansprechbar.

Wir rechnen mit einer außerordentlich hohen Beteiligung. Vorliegende Einzelhinweise gehen in die Richtung, also traditionell werden wir uns als Antragsteller dort wieder versammeln. Es gibt eine gewisse Erwartungshaltung, was sich dort tun könnte. Man spekuliert wieder mit Berichterstattungen der westlichen Journalisten. Es gibt aus unserem Nachbarbezirk Halle noch nicht endgültig überprüfte Hinweise auf angebliche Flugblätter, die orientieren, im Anschluß an das "Friedensgebet" zur Bezirksleitung zu demonstrieren. Da sollen Verbindungen bestehen zu diesen Organisatoren dieser "Friedensgebete".

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BStU
000031

29

Wir schätzen die Sache so ein, diese "Friedensgebetd' brauchte man nicht mehr zu organisieren, das ist seit Monaten ein solches traditionelles Treffen dieser Leute, da braucht man keine Flugblätter, da braucht man auch keine anderen Aktivitäten. Die Leute gehen völlig selbständig dorthin.

Die "Friedensgebete" verlaufen inhaltlich innerhalb der Kirche relativ harmlos, möchte ich sagen. Es gibt seitens der kirchlichen Amtsträger keine Aufwiegelei, wie wir das am Anfang hatten. Aber die Kirche schließt nach Ende der Veranstaltung die Türen, und was auf ihrem Vorplatz oder bei uns im konzentrierten Stadtzentrum geschieht, ist nicht in ihrer Verantwortung. Das ist ihr erklärter Standpunkt.

Wir haben, Genosse Minister, gemeinsam mit der Volkspolizei und in Absprache mit Genossen Generaloberst Mittig vorige Woche alle Maßnahmen festgelegt. Es gibt Hinweise auf journalistische Aktivitäten aus dem Reuterbüro, daß man hingehen will, um zu sehen, was sich dort tut. Es gibt viele Erwartungshaltungen. Wir erwarten auch Neugierige, die dort hinziehen, um zu sehen, was tut sich in der Stadt. Die Lage wird kompliziert sein, aber ich denke, wir beherrschen sie. Ende.

Genosse Minister

Danke, Dann wollen wir hören. Es ist alles. Dann hören wir den Leiter Potsdam.

Genosse Generalmajor SCHICKART

Genosse Minister! Genossen!
Ich kann einschätzen, die staatliche Sicherheit im Bezirk ist gewährleistet. Die Gesamtlage im Bezirk ist stabil. Sie wird natürlich durch einige negative Probleme beeinflußt, die hier wiederholt angesprochen worden sind.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BTU
000032

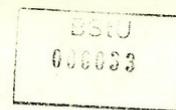
30

Das bezieht sich einmal auch auf die Frage der Ausreisen, die ständig im Steigen begriffen sind. Das heißt, daß dort keine Wende erreicht werden konnte. Im Gegenteil, daß wir ein Ansteigen haben und die Rückgewinnung äußerst gering ist.

Das sind zweitens Probleme, die sich aus der Nichtrückkehr von Reisen nach der BRD und Westberlin ergeben, und das sind besonders auch drittens Probleme, die gegenwärtig schwer in der Diskussion unter der Bevölkerung sind, der Aufenthalt von DDR-Bürgern in Ungarn. Hier gibt es teilweise sehr progressive Meinungen, die zum Inhalt haben, daß hier die Partei- und Staatsführung hart durchgreifen und nicht wieder den Weg nach der BRD und Westberlin aufmachen sollte. Also, hier gibt es einen großen Teil von Standpunkten der Bevölkerung, die sagen, so kann es doch nicht weitergehen. Besonders auch betrifft das Personen, die in Ungarn sind, aus der medizinischen Intelligenz, die die Patienten im Stich lassen, und solche Diskussionen gibt es im umfangreichen Maße.

Das sind natürlich auch besonders Probleme, die sich im Bezirk in den vergangenen Wochen und Monaten zeigten, in Form von Erscheinungen der Untergrundtätigkeit unter dem Dach der Kirche, wobei wir einschätzen, daß eine ganze Reihe von Gruppierungen, die wir hatten, zerschlagen werden konnten bzw. wesentliche Einschränkungen erfahren haben in ihrer Wirksamkeit.

Wir können gegenwärtig sagen, wir haben diese Personenbewegung relativ gut im Griff und haben gemeinsam mit der Bezirksleitung, mit der Partei, Maßnahmen abgestimmt und festgelegt, ein arbeitsteiliges Vorgehen festgeschrieben, und wir schätzen ein, daß auch auf der Grundlage der übergebenen Information, die vor den 1. Kreissekretären ausgewertet wurde, mit einer konkreten Aufgabenstellung, hier erste Ergebnisse erreicht werden konnten.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

31

Einschätzen möchte ich natürlich auch, daß die ersten Ergebnisse noch nicht das eigentliche Ergebnis darstellen und wir unbedingt, und das ist feststellbar, täglich sachverhalts- und personenbezogen an diesen Problemen dranbleiben müssen und immer wieder vorstellig werden, um gemeinsame Maßnahmen mit der Bezirksleitung einzuleiten, abzustimmen und festzulegen.

Sachverhalts- und personenbezogen sind wir bereits in einigen Kreisen sehr gut vorangekommen. Grundsätzlich kann ich einschätzen, daß die durch uns übergebene Information generell von allen Funktionären akzeptiert wurde und auch, wie ich bereits einschätzte, einige Kreissekretäre gute Aktivitäten entwickelt haben.

Hinsichtlich des 1. 9., Genosse Minister, gibt es bei uns im Bezirk solche Informationen, daß besonders in den Kreisen Neuruppin, Neubrandenburg und den Kreisen Nauen und Staaken öffentliche Gedenkmärsche durchgeführt werden sollen. Wir haben das durch geeignete Maßnahmen, auch auf der Grundlage konkret erarbeiteter Parteiinformationen, jetzt soweit im Griff, so daß wir einschätzen können, daß diese Gedenkmärsche nicht stattfinden.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BS:J
000034

32

Ein Problem, das noch stand bis heute, war, daß im Kreis Nauen ein Pfarrer im Gottesdienst am 27. August 1989 aufgerufen hatte, am 1. September einen Schweigemarsch in Berlin durchzuführen. Wir haben gestern, am 30. August, gemeinsam mit der Kreisleitung Maßnahmen durchgeführt, mit dem Gemeindekirchenrat Aussprachen geführt, mit dem Pfarrer Aussprachen geführt, so daß wir einschätzen, daß wir im Ergebnis dieser Maßnahmen diesen geplanten Schweigemarsch verhindern können. Es gibt gegenwärtig keine Anzeichen, daß dieses Problem noch aktuell ist. Soweit, Genosse Minister, meine Ausführungen zu den aktuellen Problemen.

Genosse Minister

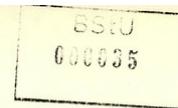
Nun gut. Danke. Ihr habt ja meine Fragen gehört, deshalb wiederhole ich sie nicht mehr. Nehmen wir mal, Genossen, den Schwerpunkt für den 1. September, Karl-Marx-Stadt.

Genosse Generalleutnant GEHLERT

Genosse Minister! Genossen Generale, Genossen Offiziere!

Zu der ersten Frage, die Sie aufgeworfen haben, Genosse Minister, möchte ich im allgemeinen einschätzen, daß auch im Bezirk Karl-Marx-Stadt die Lage stabil ist und die staatliche Sicherheit gewährleistet ist.

Was die Veranstaltungen zum Weltfriedenstag betrifft, so findet im Schwerpunkt-Kreis Zwickau organisiert durch die evangelische Kirche in Verbindung mit der Leitung der sogenannten Friedensbibliothek eine Buchlesung des berüchtigten ehemaligen Rechtsanwaltes HENRICH zu seinem Buch "Vormundschaftlicher Staat" heute abend statt und morgen. Es ist abgestimmt, mit der Partei. Dort ist eine ganze Reihe Rechtsanwälte unseres Rechtsanwaltskollegiums aus dem Raum Zwickau hindelegiert und gesellschaftliche Kräfte, die dort gewissermaßen diese Banditen, wie man so schön sagt, in die Furche ducken werden.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

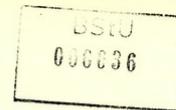
33

Ich muß hier oder kann hier anfügen, daß wir ja nun in Zwickau kompliziertere Verhältnisse haben als in der Bezirksstadt und daß die Kirche dort - nicht nur Zwickau, sondern die gesamte Umgebung - Beziehungen bis nach Berlin und Leipzig und teilweise auch nach Dresden zum Untergrund unterhält.

Und dort haben wir eigentlich Erfahrungen insofern gesammelt, und deshalb komme ich noch einmal auf die gesellschaftlichen Kräfte zu sprechen, daß wenn wir Genossen auswählen oder die Partei Genossen auswählt, die in solche Veranstaltungen geschickt werden und die mit dem notwendigen Rückgrat dort auftreten, die progressiven Kräfte eigentlich immer den Sieg davongetragen haben.

Es gab in Zwickau Veranstaltungen, wo durch das Auftreten von Professoren und guten Genossen der pädagogischen Hochschule der Referent den Saal verlassen hat. Wir hatten Erscheinungen, daß in Zwickau - dort gibt es einen sogenannten Lutherkeller, der faßt immerhin ca. 300 Menschen - ein Liedermacher aufgetreten ist aus Berlin. Durch Trampeln und Pfeiffen der gesellschaftlichen Kräfte mußte er sein Programm, was er für 2 Stunden geplant hatte, nach 10 Minuten abbrechen, weil niemand mehr zugehört hatte. Und so in etwa stellen wir uns auch vor die heute stattfindende Buchlesung. Es werden dort ca. 1 000 Personen erwartet. Ansonsten war geplant, daß in der Stadt Plauen eine Demonstration stattfinden sollte, organisiert von Antragstellern, analog in Zwickau und auch in Karl-Marx-Stadt. Es scheint jetzt, zumindest bei uns, Mode zu sein, daß man ganz offiziell zur Volkspolizei oder zu Inneres geht und dort Anträge abgibt, um eine Demonstration anzumelden, teils mit einer Unterschrift, teils mit 10, 20 oder noch mehr Unterschriften. Meist allerdings sind dies Antragsteller.

Wir haben generell im Bezirk, wo solche Erscheinungen im Zusammenhang eben wie dem Weltfriedenstag auftraten, gemeinsam mit Inneres, Volkspolizei aber vordergründig durch die Untersuchungsführer der Abteilung IX mit den Leuten gesprochen und sie belehrt und angedroht, falls sie demonstrieren wollen, daß dies strafrechtliche Konsequenzen für sie hat.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

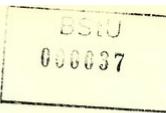
34

Dennoch können wir nicht garantieren überall, daß solches nicht stattfindet. Deswegen haben wir in den Schwerpunkten für heute und morgen, wo angedroht wurde, die entsprechenden Maßnahmen eingeleitet unter Führung der Partei, Einbeziehung gesellschaftlicher Kräfte und natürlich vordergründig durch Mitarbeiter der Staatssicherheit/Abteilung VIII, vor allem zu observieren, um dann die notwendigen Entscheidungen treffen zu können. Genosse Minister, es ist so organisiert, heute und morgen wollen die demonstrieren. Das kann man doch nicht zulassen.

Es ist so organisiert, daß also die Rädelsführer die bekannt sind, observiert werden von morgen früh an, und sollten sie zu diesem Ort, wo sie demonstrieren wollen, sich bewegen, werden sie festgenommen und zugeführt. Zu Ihrer 2. Frage, was ist mit diesem Material geschehen, das wir an die 1. Sekretäre gegeben haben? So wie es die anderen Genossen auch schon dargelegt haben, wurde es behandelt im Sekretariat; alle Kreissekretäre bekamen es zugestellt.

Entsprechend einer Festlegung des 1. Bezirkssekretärs wurden die KD-Leiter beauftragt, das Material für den jeweiligen Kreis, dem jeweiligen Kreissekretär ebenfalls zu übergeben. In den meisten Kreisen wurden die Kreisdienststellenleiter dann auch zu einer Sekretariatsitzung mit eingeladen, um dort noch Ergänzungen vornehmen zu können und ihre Meinung dort zu sagen.

Die Wirkung ist, so möchte ich meinen, wie das meine Vorrredner bereits dargelegt haben. Es ist bei uns - entstanden aus der Situation in Zwickau, Freiberg, Aue, Annaberg und in anderen Kreisen - ebenso schon vorher informiert worden und es gibt oder gab vom 1. Sekretär der Bezirksleitung im Zusammenhang mit den Ereignissen in Zwickau einen Auftrag an mich, Einsatzvarianten auszuarbeiten für Zwickau, damit es also möglichst nicht dort zu demonstrativen Handlungen kommt. Denn immerhin 400 Antragsteller im Dom war eine ganz schöne Masse. Und diese Handlungsvarianten wurden auch in Verbindung mit unserem Material allen Kreissekretären übergeben und alle Kreissekretäre

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

35

erhielten die Weisung oder den entsprechenden Beschuß des Sekretariats der Bezirksleitung, für jeden Kreis diese Einsatzvarianten als Modell zu erarbeiten; damit sie also nicht völlig konzeptionslos dastehen, im Falle, es kommt zu provokativen Erscheinungen.

Es existiert im Bezirk Karl-Marx-Stadt eine Arbeitsgruppe des 1. Sekretärs der Bezirksleitung und es existiert in jedem Kreis eine Arbeitsgruppe des 1. Sekretärs der Kreisleitung. Diese Arbeitsgruppe setzt sich zusammen unter Leitung des Abteilungsleiters Staats- und Rechtsfragen, Abteilungsleiter Sicherheit, Chef BdVP, Stellvertreter Inneres, Stellvertreter Abteilungsleiter Parteiorgane und Leiter Bezirksverwaltung für Staatssicherheit. Diese Arbeitsgruppe tagt jeden Dienstag, nennt sich Reisebüro.

Diese Arbeitsgruppe hat also auch die Vollmacht, Abteilungsleiter der SED-Bezirksleitung zu sich zu laden und dort Berichte abzuverlangen oder Berichterstattungen entgegenzunehmen, was denn nun beispielsweise die Abteilung Industrie oder die Abteilung Landwirtschaft bisher entsprechend den Informationen und entsprechend den Festlegungen des Sekretariats der SED-Bezirksleitung getan hat, konkret vordergründig natürlich im Zusammenhang mit dem Zurückdrängungsprozeß. Die Arbeitsgruppe hat auch das Recht, in die Kreise zu fahren und sogenannte Lageberichte von den 1. Sekretären der Kreisleitungen entgegenzunehmen. Die Arbeitsgruppe hat auch das Recht, in Betriebe zu gehen und sie war in der vorigen Woche in einem absoluten Schwerpunkt, was das Antragsgeschehen betrifft; nämlich im Bezirkskrankenhaus der Stadt Karl-Marx-Stadt. In diesem Krankenhaus gibt es 70 und in der Stadt Karl-Marx-Stadt insgesamt 200 Antragsteller unter dem medizinischen Personal. Ich möchte aber hier auch nicht verschweigen, daß sowohl der Ärztliche Direktor als auch der Parteisekretär dieses Krankenhauses eine ganze Reihe Ursachen und begünstigende Bedingungen der Arbeitsgruppe mit auf den Weg gegeben hat, die zwar nicht letztendlich bei den Antragstellern als Ursache für die Antragstellung dargestellt werden, aber die wesentlich dazu beitragen, die Unzufriedenheit unter dem medizinischen Personal und natürlich auch unter den Patienten weiterhin zu forcieren.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BStU
000038

36

Es wird also seit 1980 dem Chefarzt der Frauenklinik Karl-Marx-Stadt versprochen, daß sein Dach gedeckt wird. Die Krankenschwestern müssen, wenn es regnet, mit Eimern durchs Krankenhaus.

Genosse Minister

Hör mal zu. Ich will mal was sagen. Wenn Du es seit 1980 weißt, dann hättest Du ein paar Dachdecker schon organisieren können. Das ist auch nicht richtig, wie Du das hier darstellst. Du kannst mir doch nicht erzählen, daß seit 1980 das Dach undicht ist. Da muß man Initiative ergreifen. Wir machen das auch.

Wenn Du das hier so konkret stellst, dann steht im Raum, wo wir uns gerade unterhalten haben. Man darf von Einzelerscheinungen nicht darauf schließen, als wenn das überall so ist. Aber das es seit 1980 so ist, so etwas kann man doch ändern. Da würde ich mobilisieren gute Menschen, die das können.

Genosse Generalleutnant GEHLERT

Wir haben bereits mobilisiert. Der Ärztliche Direktor wurde von Jahr zu Jahr vertröstet und ihm von Jahr zu Jahr die Bilanz nicht bestätigt. Aber das ist nur ein Thema - das Dach. Es gibt also in diesem Gesundheitswesen noch eine Vielzahl von Problemen, die aber - so muß ich ganz einfach sagen - beginnen bei der bürokratischen und formalen Arbeitsweise, vor allem des Leitungspersonals. Also die Arbeit mit den Menschen dort, die ist nicht so, wie man sich das in einem humanitären Bereich eigentlich vorstellt.

Ich will hier nicht in Details gehen, aber wenn der Parteisekretär dort sagt, daß in einem Krankenzimmer 12 krebskranke Menschen liegen, und die haben nur ein Waschbecken, dann ist das für meine Begriffe für das Jahr 1989 nicht mehr vertretbar. Aber die Staatsicherheit hat informiert, nicht erst einmal.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BSU
000039

37

Genosse Minister

Hör mal, Genosse TAUBE, das müssen wir noch mal als Beispiel bringen, warum viele, also ganz konkret müssen wir das reinbringen. Wir werden Euch gleich noch mitteilen, Genossen, welche Linie wir fahren in Bezug auf Informationstätigkeit.

Genosse Generalleutnant GEHLERT

Ich wollte gerade sagen, Genosse Minister, wir haben informiert. Nicht erst einmal. Auch an die Zentrale. Aber zur letzten Dienstbesprechung wurde mir hier eine Information auf unsere Information in die Hand gedrückt, die genauso, wie das vorhin schon gesagt wurde, erarbeitet wurde hier offentlich von der Abteilung Gesundheitswesen des Zentralkomitees. Und die haben unsere Information völlig ignoriert. Aber jetzt, als die Arbeitsgruppe des 1. Sekretärs in diesem Krankenhaus war, wurde nun, wird nun oder ist in Arbeit ein Bericht dieser Arbeitsgruppe und dort werden all diese Probleme aufgeschrieben, die kriegt der 1. Sekretär und der zuständige Sekretär der Bezirksleitung und dort haben wir einfach die Forderung gestellt, daß Veränderungen notwendig sind und auch Wege aufgezeigt, wie man ohne Investitionen bestimmte Veränderungen vornehmen kann.

Wenn es gestattet ist, Genosse Minister, möchte ich nochmal auf das Thema eingehen, das der Genosse DANGRIEß schon gestreift hat. Das betrifft die Arbeit der Abteilung Innere Angelegenheiten. Es gibt genügend Weisungen und Beschlüsse u. a., daß auf 50 Antragsteller ein Mitarbeiter, ein politischer Mitarbeiter der Abteilung Innere Angelegenheiten kommen soll. Aber es ist so, daß uns die Leute dort weglaufen und kaum jemand bereit ist, in den Abteilungen Inneres zu arbeiten oder - besser auch gesagt - zu kämpfen. Denn dort muß ja konkrete Arbeit "am Mann" geleistet werden.

Die Zahlen, meine ich, sind hier in 2. Linie interessant. Aber Fakt ist, daß wir errechnet haben, daß in der Stadt Karl-Marx-Stadt pro

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BStU
008040

38

Antragsteller im Höchstfalle 15 Minuten Zeit vorhanden ist, um mit diesen Menschen zu reden. Und wir meinen, daß es bestimmte staatliche Organe gibt, die die Zeichen der Zeit in dieser Beziehung noch nicht erkannt haben.

Genosse Minister

Soweit bin ich mit Dir einverstanden. Du hast von uns eine ganz andere Empfehlung. Man muß die Antragsteller dort hingeben, wo sie arbeiten oder wo sie wohnen, und dort am Ort muß die Sache erfolgen, die Beeinflussung. Der Mann kann es nicht schaffen. Und wenn er eine Stunde Zeit hat. Die Beeinflussung kann nicht sein durch die Aussprache nur in 15 Minuten oder einer Stunde, 1 1/2 oder 2 Stunden, sondern muß am Ort erfolgen. Dort steht die Frage. Mit allen gesellschaftlichen Organisationen, Direktoren, mit allen ist Einfluß zu nehmen, damit die einwirken, ständig einwirken. Ohne diese Einwirkung ist nichts zu schaffen.

Genosse Generalleutnant GEHLERT

Genosse Minister! Eben von dieser Arbeitsgruppe, von der ich sprach, die organisiert gewissermaßen die auch von Ihnen geforderte gesellschaftliche Front. Aber ich möchte bitte Ihnen nicht widersprechen. Aber der Antragsteller, wenn er zu Inneres kommt, und lediglich den formgebundenen Antrag ausgehändigt bekommt...,

Genosse Minister

Ich will mich noch einmal korrigieren. Wir wissen, daß eine Unterbesetzung ist, und das wurde bis in die höchste Spur gemeldet. Ich will Euch nicht die Antwort sagen. Jedenfalls ist das eine Personalfrage, Arbeitskräftefrage, in der Republik. Die weggehen, das ist ein Arbeitskräfteverlust, auch wenn sie nicht immer einen solchen Umfang, eine so wertvolle Arbeit gemacht haben. Der größte

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BSU
000041

39

Teil, schätzt das nicht falsch ein, ich greife jetzt vor, der größte Teil der für uns empfindlich wird, ist der, der bei Besuchstreisen und auf andere Weise wegbleibt. Da bleiben Spezialisten weg. Ein großer Teil derer, die jetzt weggehen, sind große Drecksäcke. Das ist wirklich so. Ich übertreibe vielleicht etwas damit. Aber trotzdem ist ein Unterschied. Die Anzahl, die da weggeht, das ist empfindlich. Auch wenn es so miese Säcke sind, die da weggehen, bleibt die Tatsache, daß Arbeitskräfte weggehen. Und nun müßten 1 000 Mann für die Abteilungen Inneres gegeben werden, damit sie die Arbeitskräfte haben, um mehr als 15 Minuten Zeit zu haben, um mit jemandem darüber zu verhandeln. Darin besteht überhaupt die Kunst. Viele sagen, es ist schlecht die Versorgung. Warum? Jetzt gibt es keine Bananen oder der eine hat das nicht und jenes nicht. Und da wird immer von den einzelnen Dingen die Gesamtlage eingeschätzt. So kann man nicht herangehen. Nichtwahr Genossen, so kann man nicht herangehen. Denn viele wissen gar nicht die Hintergründe. Wissen manche nicht, daß die Ursachen vielleicht ganz anderer Art sind, die nicht immer ausgesprochen sind. Ich will sagen, Genossen, verfolgt Ihr die Zeitung, welche grundsätzlichen Artikel geschrieben werden? Und was ist jetzt? Jetzt ist die Frage, das durchzuführen, was in den Artikeln drinsteht. Das ist die Kunst. Ob Ihr jetzt nehmt den REINHOLD, den NICK, den SCHNEIDER; hier steht die Wahrheit drin - führende Rolle der Partei, objektive Notwendigkeit, entscheidende Frage, ohne dem ist überhaupt nichts zu machen.

Und nun stellen sie die Fragen, was das alles ist. Die ganzen Fragen, die eben brennend sind. Die werden gestellt und die müssen natürlich auch durchgeführt werden. Und jetzt die Durchführung dieser Probleme kann nicht so sein, als haben wir das alles, es ist da drin und wir fordern das, sondern man muß auch klug und taktisch vorgehen und muß einzelne Probleme versuchen zu lösen.

Und wenn man die Zusammenhänge nicht sieht, da kann man natürlich schimpfen. Aber die Sache ist so, es ist eine Tatsache die Leute zurückzuholen.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BStU
000042

40

Machen riesige Kampagne und hunderte wollen zurück. Aber was sagen unsere guten Bürger? Die wollen sie nicht sehen, daß sie jetzt wieder zurückkommen; die haben uns verraten usw. Das sind doch Probleme, was machen wir jetzt? Jetzt müssen wir klug dabei überlegen, daß wir den großen politischen Nutzen daraus ziehen; so ist die Sache.

Gut, Ihr habt mich jetzt herausgefordert und nun habe ich das gesagt, was ich nachher sagen wollte. Ich werde noch einiges sagen. Das sind die Schwierigkeiten und jetzt muß sehr richtig von unten reagiert werden. Jetzt zum ersten Mal habe ich in Monatsberichten gelesen von den 1. Sekretären, was die Ursachen sind, warum die Leute weggehen. Wir haben dauernd schon geschrieben über die Ursachen, als Staatssicherheit. Das heißt also, wir müssen sehen - wie das die Parteiführung fordert - daß die Beschlüsse richtig durchgearbeitet, erkannt und durchgeführt werden. Das ist die Kernfrage. Und es zeigt sich doch: Gibt es bei uns hier im sozialistischen Lager und in den einzelnen Staaten nicht intelligente Menschen, die hervorragend ihre Betriebe und ihre Institutionen leiten können? Oder können es wirklich nur Leute im kapitalistischen Lager? Hier steht die Frage, daß der, der eine Verantwortung hat, die Verantwortung tragen und durchsetzen muß. Wenn man das nicht kann, muß man ändern. Also weiter. Was hast Du noch zu sagen?

Genossen Generalleutnant GEHLERT

Genosse Minister, auf Ihre Frage, wie ist die Stimmung usw.? Ich meine, die ist in Karl-Marx-Stadt so gut und so schlecht wie sie der Genosse HÄHNEL aus Berlin dargestellt hat, und auch die anderen Genossen.

Genosse Minister

Naja, dann nimm das Beispiel von HÄHNEL. Du sprichst von den 400 Mann in Zwickau, und in Berlin haben sie 1 000, mit denen sie sich manchmal befassen müssen und haben das in der Hand.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

STU
000043

41

Die 400 mußt Du bewältigen. Du hast ja Berlin gelobt, deshalb sage ich ja das. Nimm Dir ein Beispiel an Berlin. Wir lassen das eben nicht zu, daß es zu einer Zusammenrottung, einer Demonstration kommt.

Genosse Generalleutnant GEHLERT

Ich wollte noch einmal betonen, mit Hilfe der gesellschaftlichen Kräfte ist es gelungen, daß von den 400 jetzt 350 nicht mehr hingehen. Wir haben die identifiziert, haben die Namen in die Betriebe gegeben, die Kumpels haben mit den Leuten geredet und sie gehen nicht mehr dort hin. Gut, ich muß dazu hinzufügen, sie sind natürlich auch nicht bereit, ihren Antrag zurückzunehmen. Die Ablehnungssituation ist so, - ich kann das konstatieren - daß nicht ein einziger, der bisher abgelehnt wurde, die Ablehnung akzeptiert hat.

Im Gegenteil, es werden spektakuläre Handlungen angedroht, und durch viel Aufwand muß man dann verhindern, daß die Leute in die Botschaft gehen oder an die Grenze. Ich möchte vielleicht am Schluß noch ein kleines Beispiel hier darstellen. Auf Grund dieser Ausreisewelle und vor allem der Situation in Ungarn, erhielt die Freie Presse Karl-Marx-Stadt einen Leserbrief aus Stuttgart. Und wir haben überprüft, ob dieser Mensch in Stuttgart existent ist. Dieser Mensch ist existent, hat Telefon: Die Redaktion hat mit diesem Menschen geredet. Daraufhin wurde dieser Brief in der Freien Presse veröffentlicht. Die Reaktionen auf diesen Brief sind bisher 508 durch die Abteilung M festgestellte Drohbriefe, Hetzbriefe an diese Frau in Stuttgart.

Genosse Minister

Warum schreiben die 100 000, die 10 000, die da sind, nicht die Briefe. Die Schweinehunde, die Feinde organisieren und schreiben die Briefe. Das sind ja die Feinde, das ist die Frage der Offensive.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BStU
000044

42

Genosse Generalleutnant GEHLERT

Genosse Minister, das ist organisiert, daß positive Leute schreiben.

Genosse Minister

Die Leute sind viel offensiver als in mancher Beziehung unsere Genossen. Glaubt mir das. Von jeher, auch in der Kommunistischen Partei Deutschlands, die Genossen, die in der Partei waren, auch dort gab es Avantgarde die Tag und Nacht und Sonnabend, Sonntag arbeiteten. Und heute ist es genau dasselbe.

Da haben sie ein Auto, fahren raus, tun dies und jenes und der große Teil, der sagt sich, dauernd mit diesem Gesockse zu sprechen, das hängt uns bis hier her und wir wollen auch unsere Ruhe haben usw. Und die Feinde, die bleiben aktiv. Das ist eine Tatsache. Das ist nicht eine Einschätzung, wie da in der Kirche so viele zusammenkommen und andauernd beschäftigen sie uns immer wieder.

Genosse Generalleutnant GEHLERT

Genosse Minister, die positiven Briefe wurden natürlich organisiert. Es wird am Montag ein Journalist dort hinfahren und wird die Frau vor Ort interviewen. Das Interview wird dann wieder abgedruckt. Das ist meines Erachtens auch eine Maßnahme, die mit hilft, den Zurückdrängungsprozeß zu forcieren. Ende meiner Ausführungen.

Genosse Minister

Danke, gut. Nun werden wir mal eine kurze Pause machen. Dann werde ich ein paar Ausführungen machen. Eigentlich sollte der erste Schwerpunkt nur behandeln den bevorstehenden Weltfriedenstag und den 50. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges. Und auf Grund der Informationen, die uns vorlagen, haben wir eine Information gefertigt, die zusammenfassend darlegt die geplanten kirchlichen Aktivitäten anlässlich des 50. Jahrestages des Ausbruchs des 2. Welt-

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BSTU
000045

43

krieges und haben da Erkenntnisse aus einigen Bezirken eingegliedert und niedergelegt.

Wir haben auch vorgeschlagen, daß eine Reihe von Maßnahmen getroffen werden soll - politischer Art, Staatssicherheit, für Kirchenfragen usw. Über die Ihr auch gesprochen habt. Dann sollte allerdings den Plänen der Teilnahme an Gottesdiensten und Andachten zwischen mehreren Kirchen zugestimmt werden, sofern diese ausschließlich religiösen Charakter tragen. Wir haben lange darüber diskutiert und gesprochen, aber da sagte man uns, daß ist eine Tradition. Wenn wir hier einschreiten, würde das mehr Ärger bringen. Natürlich wurde gefordert, alle demonstrativen Handlungen von Märschen mit Sichtelementen, mit Kerzen usw. außerhalb der Kirche zu unterbinden. Die zuständigen kirchlichen Amtsträger sollten darauf einwirken, daß davon Abstand genommen wird, und dann sollten Zuwiderhandlungen durch Einsatz gesellschaftlicher Kräfte im Ansatz unterbunden werden. Wenn man Märsche, Demonstrationen und ähnliche demonstrative Handlungen vor hat oder Sichtelemente politisch negativen Inhalts zeigen will, wenn man den Aufforderungen, sich aufzulösen, nicht Folge leistet, dann sind entsprechende Maßnahmen der Zuführung zu treffen. Das wurde uns auch bestätigt. Ihr habt ja auch alle die Information bekommen und deshalb ist es so wichtig, das zu betonen, weil Magdeburg sie zu lange gewähren ließ, bis es nachher viel komplizierter war, die Auflösung vorzunehmen.

Wir haben diese Information als eine politische Information gegeben. Das Echo - ich entnehme das auch aus den Diskussionsbeiträgen bzw. Darlegungen - ist, daß die Parteileitungen auch informiert sind. Bei den anderen, die nicht zu Wort kamen, ich frage - ist das auch so?

Wir haben also nun die Einschätzung und auch die Schlußfolgerungen aus Euren Ausführungen, daß einigermaßen - nach dem Überblick - die Sache im Griff ist. Nun ist richtig gesagt worden, man kann natürlich niemals ganz ruhig sein, man muß immer wieder sich darauf einstellen, daß plötzlich irgend etwas spontan entstehen kann.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

StU
000046

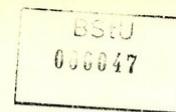
44

Das beste Beispiel war das mit der Frau, die da aus Stuttgart geschrieben hat.

Da könnt Ihr sehen, wie die Spontanität ist. Denn die, die negativ die Frau bedrohen, das sind ganz miese Elemente. Die Lehre daraus ist nicht nur das, was wir besprochen haben - Rede und Widerrede, sondern auch eine Lehre, daß man immer darauf eingestellt sein muß, daß etwas passiert, was man vielleicht nicht gleich sofort erkennen konnte. Aber daß man darauf eingestellt ist, das ist überhaupt unsere wichtigste Aufgabe in der DDR. Und die ganze Wut und der Haß des Feindes besteht darin, sie möchten zu einer ganz großen Geschichte kommen. Deshalb ist die Kampagne so zu sehen. Ich will das hier nicht alles zum Ersten behandeln. Die Medien der DDR, der anderen sozialistischen Länder und der westlichen Welt befassen sich schon seit Wochen mit diesen Fragen, relativ breit mit den Geschehnissen vor 50 Jahren, und was dazu geführt hat. Kennt Ihr alles selbst. Es gibt auch die offiziellen Veranstaltungen. In der BRD will z. B. Bundeskanzler KOHL eine Regierungserklärung abgeben. In Westberlin führt der DGB-Landesbezirk einen Antikriegstag mit Kranzniederlegung, Gedenkmarsch usw. durch. Darüber hinaus - auch wenn wir noch nicht alle Hinweise haben - ist, daß neofaschistische, revanchistische und andere gegnerische Elemente diesen Tag im Sinne ihrer Auffassung wieder zu begehen versuchen.

Da braucht Ihr nur sehen wie der LUMMER gegen den DGB schießt, wie der direkt die angreift, die eine Kranzniederlegung und den Gedenkmarsch machen wollen. Da könnt Ihr sehen, wie weit die Faschisierung schon ist. Also es ist richtig, höchste Wachsamkeit ist wirklich geboten. Das ist kein Schlagwort, sondern das „uß“ sozusagen vorhanden sein, das muß gar nicht mehr ausgesprochen werden.

Man muß eben wirklich wachsam sein, zur Gewährleistung größter Sicherheit bei allen offiziellen Veranstaltungen und zur Unterbindung jeglicher provokatorischer Aktivitäten. Was alles stattfindet, darüber haben wir gesprochen, welche Märsche, welche Wege des Gedenkens usw.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

45

Wir setzen hier voraus, daß die zuständigen Leiter in ihrem Verantwortungsbereich die geplanten kirchlichen Vorhaben kennen und bereits entsprechende Maßnahmen eingeleitet haben. Also größte Aufmerksamkeit diesen geplanten kirchlichen Veranstaltungen widmen, um ihren politischen Mißbrauch rechtzeitig zu verhindern. Diese Absprachen haben stattgefunden bei Inneres; nun muß man abwarten, wie sich diese auswirken. Man muß nur eins machen, man darf es nicht dabei belassen, sondern es muß ein kontinuierlicher Prozeß sein des Einwirkens. Man muß also diese Sache fortsetzen. Das ist zwar ein guter Aufhänger, aber der Aushang ist außerordentlich humanistisch und menschlich und von historischer Bedeutung.

Das kann man also aufgreifen und weiter machen. Wir haben also diese Fragen alle geklärt, haben auch entsprechende Verhaltensregeln gegeben, haben Euch auch Vorschläge und Empfehlungen gegeben.

Man muß nur eins beachten, wenn man polizeiliche Mittel oder andere Mittel einsetzen will, daß sie möglichst zunächst in gedeckter Form erfolgen, daß sie nicht sichtbar werden. Das sind doch unsere Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen. Und wir müssen natürlich die Mittel anwenden entsprechend den Rechtsvorschriften, der Veranstaltungsordnung. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, Gefährdung von Leben und Gesundheit der Bürger bzw. Verkehrsgefährdung muß man begründen. Man muß also die einschlägigen, für jeden Menschen klaren Verordnungen heranziehen. Wir können einschätzen, es gibt keine unmittelbaren Signale, daß seitens der Kirche eine Provokation beabsichtigt ist. Man muß auch garantieren, daß die kirchlichen Amtsträger bei Notwendigkeit einen Ansprechpartner haben, damit sie sich an ihn wenden können. Auch umgekehrt ist zu sichern, daß man jederzeit einen Amtsträger ansprechen kann.

Auch andere Öffentlichkeitswirksame Sachen an diesem Tag sind zu beachten. Berlin ist ein Schwerpunkt, Leipzig ist auch noch mit ein Schwerpunkt und vor allem Dingen auch noch Dresden.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BS:U
000048

46

Da zeigt sich die Kompliziertheit der Zusammenballung der Kirchen und Einrichtungen. Wir haben einschätzend festgestellt, wir haben die Sache einigermaßen im Griff. Es ist interessant, daß Kirchen, kirchliche Amtsträger, sogar Studenten, 3 Theologiestudenten, fast einen Krieg führen wollten, einfach erzwungen haben, das zu unterbrechen und verboten haben, den kirchlichen Raum dazu zu benutzen. Das ist doch auch ein gutes Beispiel. Ebenso die Einwirkung - deshalb haben wir Zwickau erwähnt - auf gute Kräfte, die etwas können, die etwas darstellen, die in der Lage sind, dem anderen nachzuweisen, daß er Unsinn redet und den Menschen falsch, nicht richtig informiert; und daß der angeblich humanistische Gedanke gar keiner ist. Wir haben großartige Erfolge auf diesem Gebiet. Das muß man verallgemeinern. Nicht wir, aber das Organisieren mit den Bezirkssekretären, mit den 1. Sekretären darüber zu sprechen, das ist die Aufgabe.

Die Veranstaltung in Dresden-Gittersee in der Kirche, das ist ein Schwerpunkt. Wir kommen und kommen da nicht zur Ruhe.

Nun ist mit allen kirchlichen Amtsträgern gesprochen worden. Mit dem ZIEGLER, mit dem MECKEL und anderen auch. Nun kommt es darauf an, daß wir damit auch richtig verstanden worden sind und auch wirklich von ihnen etwas geschieht, um das einzuhalten. Das ist immer eine zweite Sache. Gehen wir mal zu einer anderen Frage.

Das ist der wachsende Einfluß der Republikaner. Haben alle die Information über die Republikaner bekommen? Genosse Taube, nein? Haben wir noch nicht runter geschickt. Gut, dann werden wir das machen, das durch den Neofaschismus und Neonazismus ergänzen. Das kommt in den nächsten Tagen. Ich mache Euch darauf aufmerksam, das ist eine sehr ernste Angelegenheit. Sie entwickeln sich und streben die Teilnahme an allen bevorstehenden Wahlen in der BRD an. Sie haben eine Überarbeitung ihres Parteiprogramms von 1987, richten sich ein auf eine zielgerichtete Personalarbeit und auf Festlegungen zum Verhalten gegenüber den anderen Parteien.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BSU
000049

47

Sie wollen erscheinen als eine kleine Volkspartei; so wollen sie ihr Programm überarbeiten und man will also z. T. solche gemäßigen Positionen vertreten, um gegenüber der CDU/CSU koalitionsfähig zu sein und sie signalisieren, ein Schwerpunkt dabei soll die Deutschlandpolitik mit strategischem Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands sein.

Der Parteiaufbau ist in Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein usw. ziemlich ausgebaut; in Westberlin auch.

Dann wollen sie auch eine Jugendorganisation bilden, Junge Republikaner. Und der Hochschulverband "Ring Freiheitlicher Studenten" soll jugendliche Rechtskräfte binden und heranziehen.

Dann wollen sie eine parteinahe Stiftung bilden. Wir werden Euch natürlich das alles noch nach unten geben. Ich mache Euch deshalb darauf aufmerksam, weil es ein sehr ernstes Problem ist. Das wird auch von Bedeutung sein, wenn wir zu den anderen Fragen sprechen, den Friedenskundgebunden, die stattfinden an den Grenzen. Da muß man das verwerten, das ist auch an die Parteiorganisation runter gegangen. Die Frage steht, wollen die polnischen Genossen die Republikaner an ihrer Grenze haben oder uns. Wir haben den Film Westernplatte gezeigt, im 2. Programm. Wir machen alles, um die PVAP zu unterstützen, die progressiven Kräfte zu unterstützen. Wir machen also keine radikale und keine Art Trennung, Abgrenzung und Beschimpfung, sondern wir versuchen, durch unsere Politik sie an uns weiter zu binden und sie zu unterstützen durch unsere Arbeit. Das ist deckungsgleich mit dem, was die Sowjetunion macht. Obgleich die Sache sehr kompliziert ist.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BSTU
000050

48

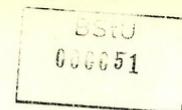
Man kann nicht alles voraussagen. Jedenfalls kämpft jetzt die Partei (PVAP) um die Erhaltung des Außenministerpostens. Heute sieht es aus, als ob es gelingt. Man kann aber nicht wissen, ob morgen einer nicht doch umfällt. Dann haben sie den Geremick. Das ist wie die damalige polnische Regierung in London, so ungefähr. Den möchten sie zum Außenminister machen. Also die Lage ist noch kompliziert. Auch Verteidigung und Innenministerium bleibt noch, dadurch das es angebunden ist beim Präsidenten, aber da ist die Lage auch noch nicht damit geklärt. Also die Sache ist deshalb so wichtig, die Republikaner im Westen und die unsichere Lage im Osten ist natürlich nicht sehr angenehm. Ich spreche das so aus. Und deshalb also mache ich Euch auf diese Gefahr, die aus dem Westen kommt, so stark aufmerksam, daß ihr nichts unterschätzt. Die Republikaner wollen eine große Kampagne nach der Bundestagswahl starten um die Einigung des rechten Lagers unter ihrer Führung und außerhalb der CDU/CSU. Das heißt die Herausbildung, die Schaffung einer neofaschistischen nazistischen Partei, die auf ihre Fahne heftet die Wiedervereinigung Deutschlands.

Nun ist das so, daß selbst die Parteien dort drüben die Republikaner noch nicht eindeutig zum rechtsextremen Lager rechnen. Ein Verbot ist also noch nicht zu erwarten. 1989 im November ist ein Bundesparteitag geplant, auf dem ein neues Parteiprogramm angenommen werden soll.

Ein strategisches Ziel besteht im Kampf gegen die DDR, in der Wiedervereinigung Deutschlands. Die haben also auch die Frage Wahrnehmung von Pflichten für alle Deutschen auf ihre Fahne geschrieben. Nun gibt es diese Flugblätter: Unser Brandenburger Tor ist zu; so lange das Brandenburger Tor zu ist, ist die deutsche Frage offen. Wir hatten hier den Versuch, daß ein führender Funktionär von Westberlin aus hier einreisen wollte. Wir haben die Einreise nicht gestattet.

Es liegen Hinweise vor, daß sie jetzt zum 40. Jahrestag beabsichtigen, Ballonaktionen durchzuführen und andere Maßnahmen gegen die DDR. Das soll man vorher schon im Arbeitsplan berücksichtigen,

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



49

sollte darauf die Agenturen ausrichten, um recht viel in Erfahrung zu bringen. Dann beabsichtigen sie auch, mit Westberliner Abgeordneten, auch BRD, an Reisen von Ausschüssen des Abgeordnetenhauses in die DDR teilzunehmen, um dann beim Einreiseverbot gegen die DDR zu hetzen. Also muß man die politisch-operative Bearbeitung dieser Partei in der BRD und Westberlin, die Aufklärung, Analysierung und Entwicklung ihrer Innen- und Außenpolitik, besonders der gegen die DDR gerichteten Pläne, Absichten und Aktivitäten verstärken. Entsprechend meinem Befehl vom 10. Februar 1989 wurden ja objekt-, personen- und vorgangsbezogene Maßnahmen eingeleitet und die notwendigen Informationsflüsse veranlaßt.

Man darf natürlich nicht vergessen, es gibt Kontakte und Verbindungen von ihnen wahrscheinlich zu Mitgliedern und Sympathisanten der Republikaner in der DDR, zu Jugendlichen, und es gibt auch sicherlich Sympathien unter den Jugendlichen für die neofaschistische Partei.

Und zur weiteren Aufklärung muß man also folgendes im Mittelpunkt der Arbeit stellen:

- Fortführung der operativen Arbeit im und nach dem Operationsgebiet unter Federführung der beauftragten Diensteinheiten mit dem Ziel, DDR-feindliche Aktivitäten insbesondere auch im Zusammenwirken mit weiteren Feindkräften des Operationsgebietes zu erkennen, vorbeugend zu verhindern und Beweise für offensive Maßnahmen zu schaffen;
- Fortführung von Filtrierungsmaßnahmen an den Grenzübergangsstellen und Einleitung weiterer politisch-operativer Maßnahmen zur Erkennung und Identifizierung von Mitgliedern der Republikaner;
- Gewährleistung ihrer Erfassung, operativen Bearbeitung und Einleitung von Reisesperrmaßnahmen, differenzierte Gestaltung der Einreise mit dem Ziel der Kontrolle und Überwachung ihrer

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BSI:U
000052

50

Einreisebewegung in und durch die DDR. Also nicht einfach:
Wir lassen keinen einreisen, weil wir nicht können, sondern es ist natürlich auch wichtig, das ein wenig auszubauen, um operative Erkenntnisse zu bekommen;

- Aufklärung aller Kontakte und Verbindungen von Republikanern - Mitgliedern in der DDR und zweifelsfreie Klärung und beweismäßige Sicherung aller Hinweise auf Versuche zur Inspirierung des Mißbrauchs von DDR-Bürgern.

Die Kampagne, die sie da organisiert haben mit Prenzlauer Berg, da wird dran gearbeitet. Wir müssen sichern die operative Bearbeitung und Kontrolle von DDR-Bürgern, insbesondere solcher Skinheads, die ausgehen von ihrer politisch negativen und sozialismusfeindlichen Einstellung, die als potentielle KontaktPartner der Republikaner in Frage kommen; die Aufklärung und Verhinderung von Aktivitäten der Republikaner im Operationsgebiet zur Gewinnung von DDR-Bürgern als Kuriere für die Einschleusung von Hetz- und Propagandamaterial.

Nun komme ich noch zu einer Sache. Wir dürfen uns nicht täuschen lassen durch einfaches, zurückhaltendes Benehmen, äußerlich nicht auffälliges Verhalten usw. Sie haben die Lehren gezogen, sie tarnen sich ausgezeichnet nach den Erfahrungen, die sie von früher hatten. Und sie sehen sauber aus und manchmal sauberer als für einen gut ist. Also nicht sich täuschen lassen durch diese Tatsache. Überhaupt, wenn ich nur einige Merkmale der Täuschung angeführt habe, so deshalb, weil wir die Täuschung mit einkalkulieren müssen in unserer Arbeit. Und noch eins: keine Konsessionen und keine Kompromisse, nicht umherjonglieren, ob das so oder so ist. Wenn die Gesetze es zulassen, alle, die in dieser Art auftreten - Faschisten, Neofaschisten, Nazis, Republikaner usw. - dann muß man durchgreifen. Das singen des Deutschlandliedes, eine Kampagne Deutschland, Deutschland über alles mit Wiedervereinigung,

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BSTU
000053

51

Grenzen 1937, all diese Fragen darf man nicht unterschätzen und auch nicht so einordnen, naja das sind ja nur Jugendliche usw. Wenn sie so klug waren, daß sie - das habe ich schon gefragt bei der IX - gerade ein Hakenkreuz mit der Kerze in die Decke brennen, nicht den Sowjetstern, also wenn sie so intelligent sind, daß sie diese ganzen Parolen und die ganze Zielstellung der Republikaner und Neofaschisten verstehen und aufgreifen, dann kann man sie also berechtigt zur Verantwortung ziehen. Hier gibt es solche Sachen, der Löwenthal der weist hin auf den Lummer und auf den Todenhöfer und der sagt, eine etablierte 5 %-Partei eine Größe im Parteien-spektrum für Helmut Kohl, da gäbe es - überspitzt gesagt - nur eine Alternative, FDP raus, Republikaner rein, unter der Voraus-setzung, daß aus den Republikanern - da kommt wieder diese Doppel-sinnigkeit - eine von allen Demokraten respektierte Partei ge-worden ist. Ich wollte Euch darauf aufmerksam machen. Die Zusammenfassung aller Erkenntnisse ist an alle verantwor-tlichen leitenden Funktionäre gegangen, Kandidaten und Mitglieder.

Ihr seht, wie wir jetzt systematisch darangehen - vom Gesichts-punkt aus, daß jeder informiert ist, und niemand sagen kann, er hat nichts gewußt.

Jetzt zum 3. Punkt: Antragsteller

Wir haben jetzt eine Stellungnahme des MfAA an die Bundesregierung abgegeben.

Daraufhin haben sie sehr eine Antwort hinausgezögert.

Das war ganz klar, sie haben das angeheizt und wollten von allem ablenken und alles konzentrieren auf diejenigen, die nach Ungarn gehen, über Österreich nach der BRD. Und sie haben das hinausge-zögert, damit sie, bevor sie die Antwort abgeben, recht lange Zeit haben, um so viel wie möglich Spektakuläres an der Grenze von Un-garn zu Österreich zu machen.

Jetzt ist die Sache so, wir haben nun die Stellungnahme bekommen und darum hatten wir Euch nicht zu gestern, so wie wir das vor-hatten, sondern erst heute her bestellt.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

SSU
000054

52

Gestern fand das Gespräch mit Bertele statt. Dieses Gespräch, ihre Stellungnahme zu diesem Dokument haben wir dann analysiert und daraus eine Antwort gemacht, die heute dem Bertele zugestellt wurde. Darauf ist heute eine Antwort wiederum von Bertele erfolgt und deshalb kann ich Euch mitteilen, daß die Sache jetzt nicht begrenzt bleibt auf die Vertretung der BRD in der DDR, sondern auch Gültigkeit bekommen muß für Budapest, Prag und andere diplomatische Vertretungen der BRD in anderen sozialistischen Ländern. Ich möchte mal persönlich hier sagen: Wir haben also aus ihrer Antwort entnommen, es bestehe völlige Übereinstimmung, daß die Zuflucht in Vertretungen der BRD nicht geeignet ist, eine Genehmigung zur ständigen Ausreise aus der DDR zu erreichen.

Die BRD würde alle Zufluchtsuchenden auf die Zuständigkeit der DDR verweisen und raten, die Vertretung zu verlassen. Dieser Standpunkt ist deckungsgleich mit unseren Auffassungen. Man muß sie beim Wort nehmen. Dann haben wir gesagt: Im Interesse der umgehenden Lösung der gegenwärtigen Situation in den diplomatischen Einrichtungen der BRD können die betroffenen Personen dahingehend informiert werden, daß sie nach Verlassen der Einrichtungen bei der zuständigen Abteilung Innere Angelegenheiten versprechen können. Diese Vorsprachen werden als Wiederholung der Antragstellung auf ständige Ausreise gewertet. Nebenbei Genossen, die Sache ist so: Natürlich ist das ein gewisser Kompromiß und Kompromisse kann man abschließen, wenn sie zum Nutzen politisch für uns sind. Grundsätzlich können die Betroffenen in ihren Beruf und an ihre Arbeitsstelle zurückkehren. Merkt Euch das alles. Ihr seid sehr frisch informiert, frischer als jeder andere. In dem Falle, wo eine derartige Möglichkeit nicht besteht, Geheimnisträger und Lehrer usw., wird dem Betroffenen insofern Unterstützung gewährt, daß ein entsprechender Einsatz unter weitestgehender Berücksichtigung des Berufes und der bisherigen Arbeitsstelle gesichert wird. Die anwaltliche Mitwirkung von den Rechtsanwälten und seines Büros wird gewährleistet. Zur weiteren Unterstützung werden die Vorsitzenden der Kollegien der Rechtsanwälte in den Bezirken der DDR bevollmächtigt, die Betroffenen nach dem Verlassen der diplomatischen Einrichtungen anwaltlich zu begleiten.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BSTU
600055

53

Dazu gehört auch die Unterstützung bei der Betreuung vor den staatlichen Organen und den Gerichten der DDR, alles entsprechend der Gesetzlichkeit.

Die Vorsitzenden der Kollegien der Rechtsanwälte in den Bezirken der DDR sind des weiteren bevollmächtigt, entsprechende Rechtsanwälte in den Heimatorten der Betroffenen mit der Wahrnehmung der anwaltlichen Vertretung zu beauftragen.

Und jetzt kommt eins: Die vom Bertele getroffene Feststellung, die den DDR-Bürgern deutlich gemacht werden muß, daß der Aufenthalt in den Vertretungen keine Begünstigung bringt und auch das zugebilligt werden kann, was auch ohne Aufenthalt möglich ist, sollte in jedem Fall mit Nachdruck bekräftigt werden. Und nun seht Ihr, warum ich mir erlaubt habe, das schon zu sagen. Das haben wir schon mit dem Außenminister und der Parteiführung abgesprochen und - nachdem die Zustimmung vorlag - wurde ihm das mitgeteilt und nun kommt, das Vorbehaltliche ist schon wieder überholt, da Bonn damit dem Dargelegten einverstanden ist.

Also man könnte spätestens morgen schon mit der Arbeit in der Vertretung beginnen. Und er sieht nicht nur, sagt er selbst, eine Lösung für seine Vertretung. Das was für uns klar war, aber das er das jetzt zusagt, daß ist schon ein wichtiger Schritt. Genossen und nun kommt das neueste, das er sagt, heute nachmittag könnte man schon anfangen. Das ist natürlich günstig für uns. Denn je früher wir anfangen, um so rascher wird also die Frage mit Ungarn gelöst. Ungarns Außenminister Horn kommt heute zum Außenminister und anschließend zum Genossen Mittag. Und dem wird auch unmißverständlich gesagt, wie unsere Position ist. Und nun wird ihm gezeigt, daß wir schon lange solche Vorschläge auf den Tisch von Bonn gelegt haben, aber keine Antwort erfolgte, während sie sich protzen, als ob wir keine Lösung suchen, als wenn wir nur die Waren wegholen wollen und sonst was.

So ist die Lage und deshalb ist es sehr wichtig, und es ist auch positiv reagiert worden. Wir müssen nun sehen, wie der Horn darauf reagiert.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BStU
006056

54

Die Genossen von der Staatssicherheit und die Kampfgruppen usw. sind stark von uns eingenommen und unterstützen uns weiter. Natürlich sind ihre Hände etwas gebunden, weil die politische Führung glaubt, sie könnte das mit anderen Mitteln lösen, mit humanitären. Das sagen die im Westen auch. Also die Sache ist insofern eine Lösung, weil wir damit auch unsere guten tschechischen Genossen unterstützen, die die Leute festnehmen und uns überstellen als Festgenommene, im Unterschied zur UVR.

Es war die DDR, die vom ersten Moment an Vorschläge unterbreitet hat, die eine Verständigung ermöglicht hätten, wenn man sie gewollt hätte.

In dieser Sache wird es weiter gehen. Es wird kein Stillstand eintreten. Und ich habe so oft schon gesagt, wir müssen realistisch bleiben. Wenn das hier nicht alles gelingt, was wir uns vorgenommen, was wir eingeleitet haben, nicht bloß jetzt, sondern schon seit Jahren, dann wird es auch weiterhin eine Zunahme der Anträge geben. Ich nenne nicht die Zahl, die Lügen, die Unverschämtheit, warum eine solche Kampagne gemacht wird.

Wir haben ausreisen lassen nach der Verordnung; bis zum heutigen Tag sind es viele. Die wissen es drüben ganz genau. Wir wissen das ja auch, wir lesen das ja auch. Also wir haben ja die Ausreisemöglichkeit nicht unterbunden, wenn es den Gesetzen nach berechtigt war. Und das sind nicht wenige. Ich sagte ja schon, wir verlieren außerordentlich viel Arbeitskräfte. Ich möchte Euch nicht konfrontieren mit den ganzen Fragen. Jedenfalls war es so, daß in Berlin, Budapest und Prag die BRD ihre Einrichtungen geschlossen hat. Aber wir blieben diesmal fest und gaben keine Zusage zur direkten Ausreise; sondern daß sie sich zu melden haben, und dann wird der Antrag eben bearbeitet. Viele, die weggehen über Ungarn, Österreich sind zum Teil keine Antragsteller.

Es kommt eine ganze Reihe Jugendlicher zurück. Die sind bloß gegangen, wollten mal sehen, wie das alles ist. Die kriegen nachher die Nase voll, wenn sie die rauhe Wirklichkeit sehen. Anfangs ist

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BStU
600057

55

es dort sehr gut, Honigschlecken. Ich sage Euch ganz ehrlich, alles andere ist Quatscherei. Natürlich werden sie mit Arbeitslosenunterstützung bezahlt, womit man leben kann.

Und ich will Euch noch etwas sagen, ich bin ganz brutal, die Kräfte, die sie uns vom Dienst abziehen, werden natürlich gut bezahlt. Wie das ausgeht, sehen wir ja. 100 Anträge der Rücknahme, Anträge des Zurückkreisens, der Wiederaufnahme. Da gibt es nun zwei Kategorien: eine Kategorie, die die DDR ungesetzlich verlassen haben, und eine Kategorie, die die Staatsbürger-schaft verloren haben. Beides haben wir uns überlegt, was wir machen. Aber es ist eine politische Frage, wie die Bevölkerung darauf reagiert.

Wir könnten da schon riesige Reklame damit machen, nicht wenig. Wie wirkt der Betreffende dort, wo er erscheint; der sieht doch nicht die große Frage der nationalen Politik der DDR, sondern er sieht dort seine Spääre, seine Umgebung nur, und jetzt kommt der Bandit wieder an. Daß es ein Politikum war, daß wir vielleicht diese Leute wieder zurückgenommen haben. Das wird ja in geringsten Fällen so eingesehen. Das muß man auch klar machen.

Es wurde nämlich schon gefragt, was machen wir denn, wenn die zurück wollen? Die wurde ihm nicht beantwortet, weil es wirklich ein Risiko ist. Seit Tagen befasse ich mich damit, wie kann man das in Einklang bringen - politisch für uns zum Nutzen. Andererseits können wir unsere Menschen nicht vor den Kopf stoßen, was ist das nun schon wieder, jetzt fangt ihr schon an, halbweich zu werden. Denn die Erklärung von 1984, daß keiner zurückkommen kann, muß ja beachtet werden. Wir haben jedenfalls unseren Standpunkt in dieser Frage durchgesetzt. Genossen, nur verhindern können wir nicht, daß weitere Antragsteller existieren und weitere Antragsteller auf uns einwirken werden. Es bedarf noch großer politischer und anderer staatlicher Maßnahmen. Und was wir jetzt eingeleitet und schon gesagt haben betrifft Straffreiheit und das Verweisen aus der Vertretung; Bürger haben sich mit unseren Verordnungen vertraut zu machen. Das alles ist ganz klar.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BStU
000058

56

Man muß sehen, daß auch viele in den Botschaften sind, die gar keine Anträge gestellt haben. Außerdem sind natürlich eine Reihe von Leuten drin, die man eigentlich normalerweise gar nicht ausreisen lassen kann. Wobei - das will ich Euch sagen, ich bin ja so offen, ihr werdet ja nicht darüber reden -, unsere ungarischen Genossen nicht einen solchen eindeutigen Standpunkt eingenommen haben, wie wir ihn einnehmen.

Denn die bereiten die Pässe vor für die, die schreiben, daß sie freiwillig die Pässe übernommen haben. Die sind jetzt also BRD-Bürger. Wir hatten nun vor, daß wir die Reisen nach Ungarn doch etwas stärker unter Kontrolle nehmen. Wir haben Abstand genommen davon, Euch schon befehlsmäßig Weisung zu erteilen, und jeder hat sich daran zu halten auch in anderen Fragen. Wenn durchgesickt wäre, wir machen da wieder schärfere Kontrollen, dann könnte das die Gespräche, die im Gange sind, zum platzen bringen. Jetzt nachdem Klarheit darüber herrscht, ist die Sache abzuwarten, wie entwickelt sich das nun und dann werden wir die Maßnahmen beschließen, die dann noch notwendig sind. Wir haben ja eine Reihe Möglichkeiten, zu prüfen, ob Versagungsgründe vorliegen für Reisen nach Ungarn. Wir brauchen ja nur die §§ 13 und 14 der Reiseverordnung vom 30. November 1988 zu nehmen.

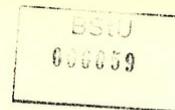
Schreibt Euch das auf Genossen. Aber das ist nicht der VP und an Inneres weiterzugeben, sondern ich habe Euch diese Möglichkeit nur gesagt; wartet ab, bis ihr die Weisung bekommt.

Genauer kann auch der Zoll kontrollieren. Wenn der Zoll schon kontrolliert, wie das in Ungarn gemacht wurde, und sie merken, daß der Betreffende die ganzen Unterlagen bei sich hat, und man schickt ihn zurück, ist das eine Dämlichkeit. Man hätte uns wenigstens verständigen sollen. Aber die sind an anderer Stelle doch ausgereist.

Das ist natürlich keine Arbeit.

Vor allem müssen wir sozusagen vorläufig noch gedeckt arbeiten. Wir müssen jetzt abwarten, wie sich das alles weiter entwickelt, und dann kann man konkret sagen, so und so muß vorgegangen werden.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



57

Wir werden jetzt sehen, wenn die aus Ungarn zurückkommen. Normalerweise müßten nach der Vereinbarung jetzt die aus Budapest und Prag in die DDR zurückkommen. Und da müssen wir abwarten, wie sich das entwickelt. Auf jeden Fall sind besonders die Informationsbeziehungen zur ZKG sehr wichtig, daß sie eingehalten werden. In der IX, auch Linie IX - die in den Bezirksverwaltungen - weiß man, daß wir die mit dem Generalstaatsanwalt abgestimmte Orientierung haben, daß also gegen die freiwillig Zurückkehrenden nicht ein Strafverfahren eingeleitet wird, nicht ein E-Verfahren. Aber ich sage nicht, jene DDR-Bürger, die von den Organen der CSSR wegen Straftaten gegen die Staatsgrenze festgenommen worden sind. Da werden natürlich strafrechtliche Maßnahmen eingeleitet.

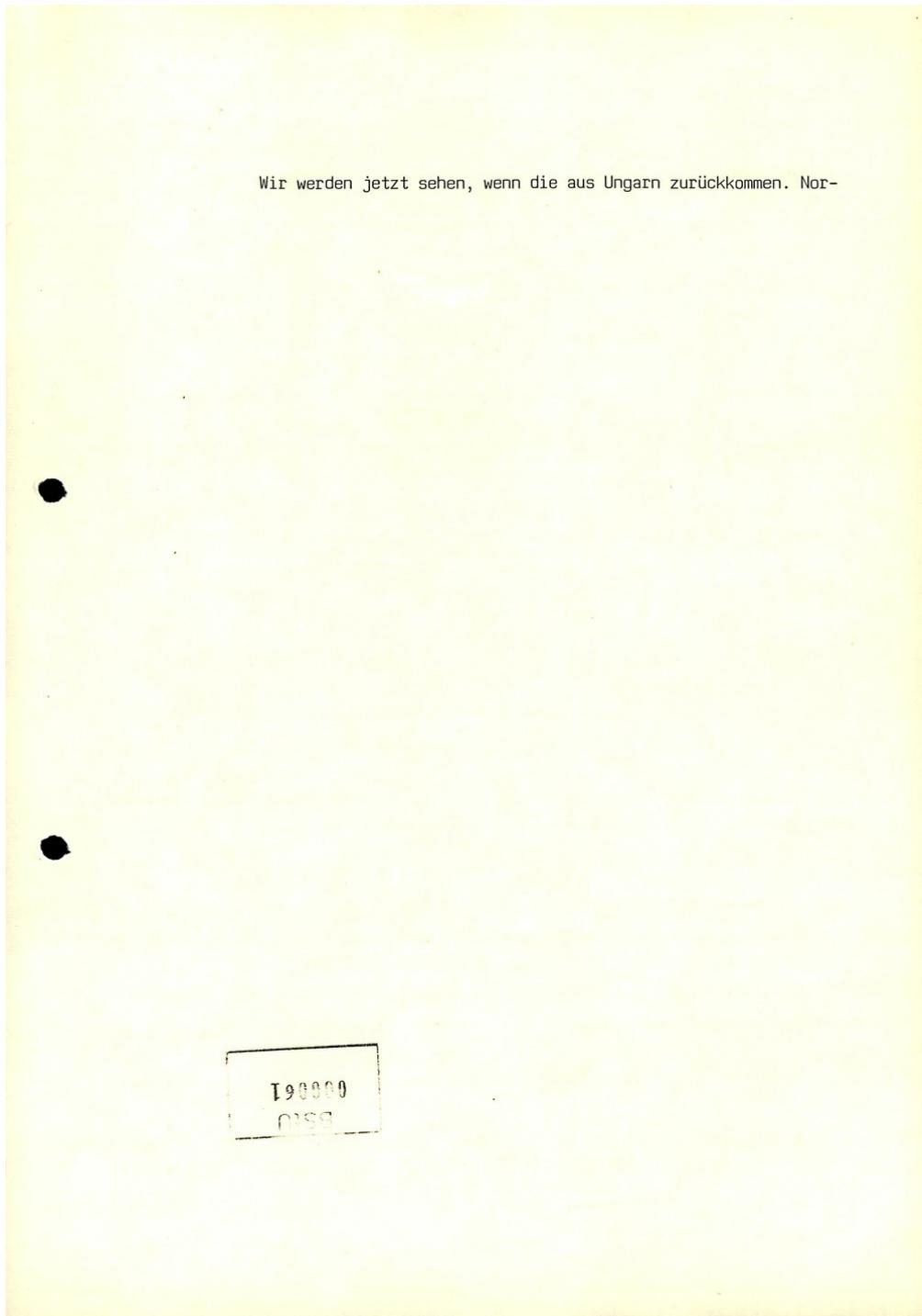
Es ist richtig so. Wir werden dann noch die ganze Frage behandeln mit den Bereichen Inneres, wie wir da grundsätzlich verfahren müssen. Das kann man jetzt hier in diesem Rahmen nicht machen. Wir müssen abwarten, wie die praktische Lösung aussieht.

BERTELE betonte, daß das auch für andere diplomatische Vertretungen der BRD gilt. Ansonsten gilt das, was ich Euch gesagt habe.

Das ist hier jetzt die Niederschrift von der Besprechung, die BERTELE mit dem SCHINDLER hatte, vom MfAA. Da müssen wir noch ein wenig Zurückhaltung üben bei verschiedenen Maßnahmen, die wir wahrscheinlich treffen müssen.

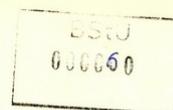
Wir haben immer noch einen ziemlich hohen Bestand von Antragsteltern und deshalb muß man auf allen Linien eben weiter arbeiten, was ich sagte, als Zwischenrufe, so in diesem Sinne. Besser als wenn man hier ein großes Referat darüber hält. Wie gesagt, ehemalige DDR-Bürger, die zurückwollen, usw., das muß man alles überlegen und dann entscheiden, wenn man glaubt, politisch kommt ein guter Nutzen für uns heraus. Man kann also nicht einfach sagen, Rückkehrerwünschen Ehemaliger zu entsprechen, das kommt natürlich nicht, das werden wir erst dann entscheiden, wenn wir wirklich sehen, wie es sich wieder zuspitzt.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 8679, BL. 2-80

Blatt 60

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

58

Mit einmal ist das leer und dann gehen wieder welche rein. Und das muß man verfolgen. Nun ist folgendes Genossen: In der in Dresden erscheinenden SED-eigenen Sächsischen Zeitung hat jetzt der Stellvertreter des Ärztlichen Direktors am Bezirkskrankenhaus Görlitz, Chefärzt Dr. Hans-Joachim SCHULZE, an ausreisewillige Mediziner appelliert, im Interesse der Patienten in der DDR zu bleiben.

Das ist das, was wir auch gesagt haben; die guten Ärzte müssen Einfluß nehmen, die treu sind und gute Ärzte, die was können.

Das habe ich auch schon zu Euch gesagt. Erinnert Ihr Euch? Von diesem Platz aus. Du hast uns die gute Sache vorenthalten, das ist eine gute Sache. Nun kannst Du sehen, wie aufmerksam, das ist alles ganz frisch, was ich aus der Sächsischen Zeitung erfahren und aus dem Tagesspiegel heute vom 31. August, Seite 6.

Was ich woanders schon gesagt habe: Wir berücksichtigen auch alle offiziellen Nachrichten und Informationen. Was der von der HV A ein klein bißchen übel genommen hat in einer Konferenz. Aus der Sicht der analytischen Arbeit ist das notwendig, wenn man richtig vorbeugend arbeiten, Richtung geben will in der Arbeit. Das ist hier eine großartige Sache. Das werde ich dem Genossen MITTAG zeigen, falls er es nicht gesehen hat.

Wir haben alles getan, um auch den Genossen Außenminister und den Genossen MITTAG mit den Informationen zu versorgen, die notwendig sind, um den Außenminister der Ungarischen VR richtig ins Bild zu setzen. Ob uns das gelingt, - ich bitte um Verzeihung, damit Ihr mich nachher nicht beim Wort nehmt - das kann ich Euch nicht sagen.

So, das war diese Sache. Nun machen wir eine Information für alle, über die Gründe, warum die Menschen weggehen. Wir haben nochmal eine Beratung gemacht. Die Information war schon fertig, aber noch nicht alles. Auch die Ausführungen, die von Euch gemacht wurden, zeigen, wie kompliziert dieses Problem ist, die wirklichen Gründe zu erarbeiten. Aber wir werden das machen, und geben das an alle, damit jeder weiß, was sind es für Gründe, auch die ökonomischen und politischen Gründe. Aber nicht bloß, weil es keine Bananen gibt bei uns.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BStU
000062

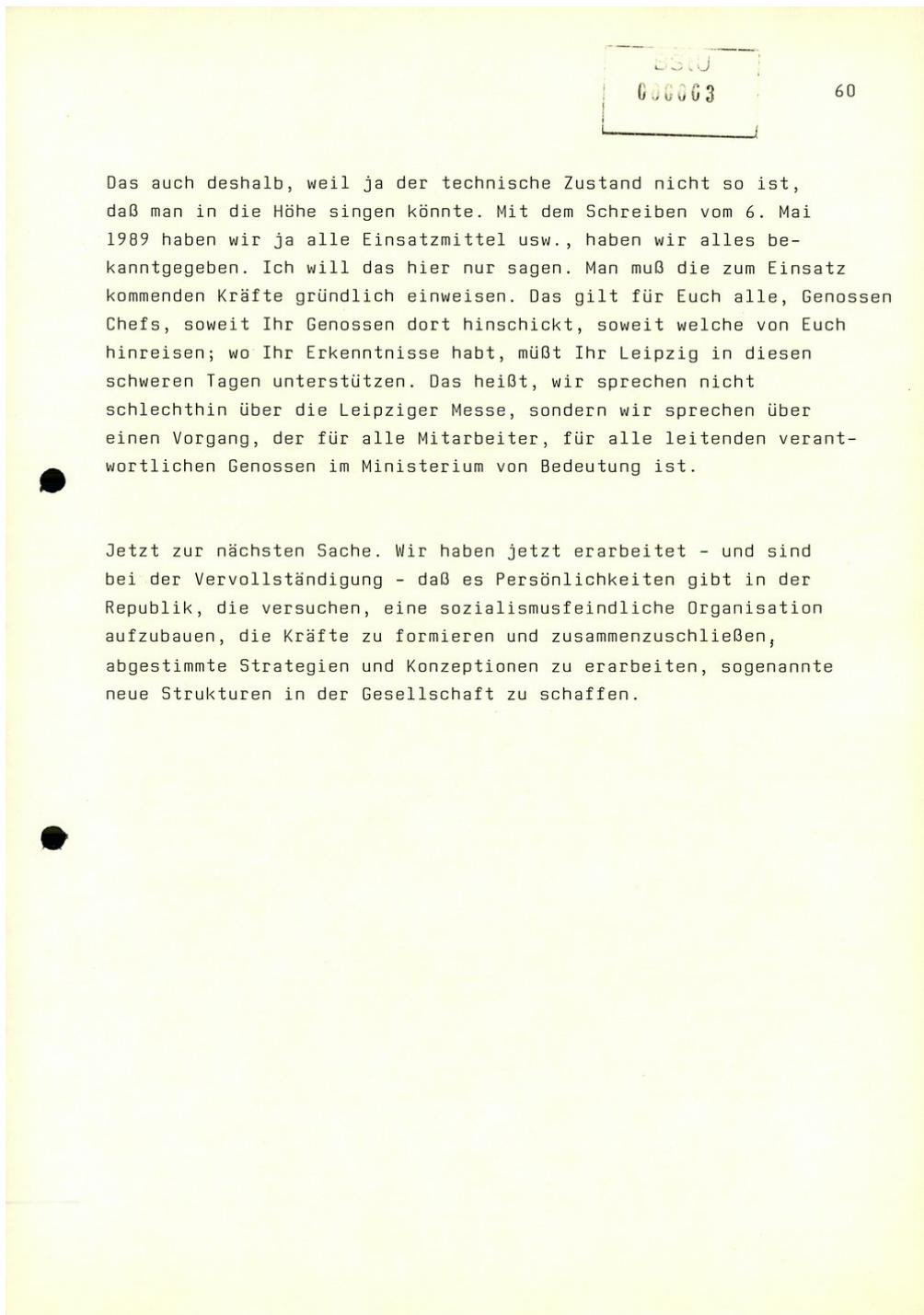
59

Jetzt zur Leipziger Herbstmesse. Die Messe darf nicht zur Abdeckung und Tarnung genutzt werden, Es ist mit ca. 300 000 Besuchern zu rechnen, darunter aus dem nichtoszialistischen Ausland ca. 25 000 - 450 ausländische Journalisten, 170 aus der BRD und Westberlin. Die Leipziger Herbstmesse ist vor dem 40. Jahrestag unserer Republik die bedeutendste außenwirtschaftliche Veranstaltung mit Auswirkungen für die weitere ökonomische Stabilität und für die Durchführung der Politik der Hauptaufgabe, für die Durchsetzung des Friedens.

Die Bedeutung muß man erkennen. Und deshalb darf da nichts passieren. Es ist alles abgesprochen, hast Du, Genosse HUMMITZSCH, gesagt. Deshalb werde ich hier nicht weiter in dieser Beziehung darauf eingehen. Die Grundfragen in den anderen Problemen sind alle angesprochen; es gilt, diese Grundfragen der operativen Arbeit durchzusetzen, nicht zuzulassen, daß ein kleiner Funke entsteht und was passiert. Nachher ist ein Vorgang schwer veränderlich. Besser ist es, mit der erforderlichen Taktik vorbeugend zu arbeiten. Besonders muß man daran denken, daß die Antragsteller das nutzen können, das ganze Fluidum, die Atmosphäre, der ganze Besucherstrom vom sozialistischen und nichtsozialistischen Ausland. Das kann Antragsteller bewegen, irgendwie was Demonstratives zu veranstalten, damit die Messe in den Hintergrund zu drängen und den Skandal als das wichtigste zu bringen, einschließlich der Sicherungsmaßnahmen. Da ist der Brand in Leipzig; das ist ein Skandal. Das muß man der FDJ sagen, das habe ich durchgestellt. Das muß man dem AURICH sagen und das muß man allen Verantwortlichen sagen. Der Vorführer, der Beleuchter sind besoffen und dann gehen sie weg und da geschieht ein Brand mit 3,5 Millionen Mark Schaden.

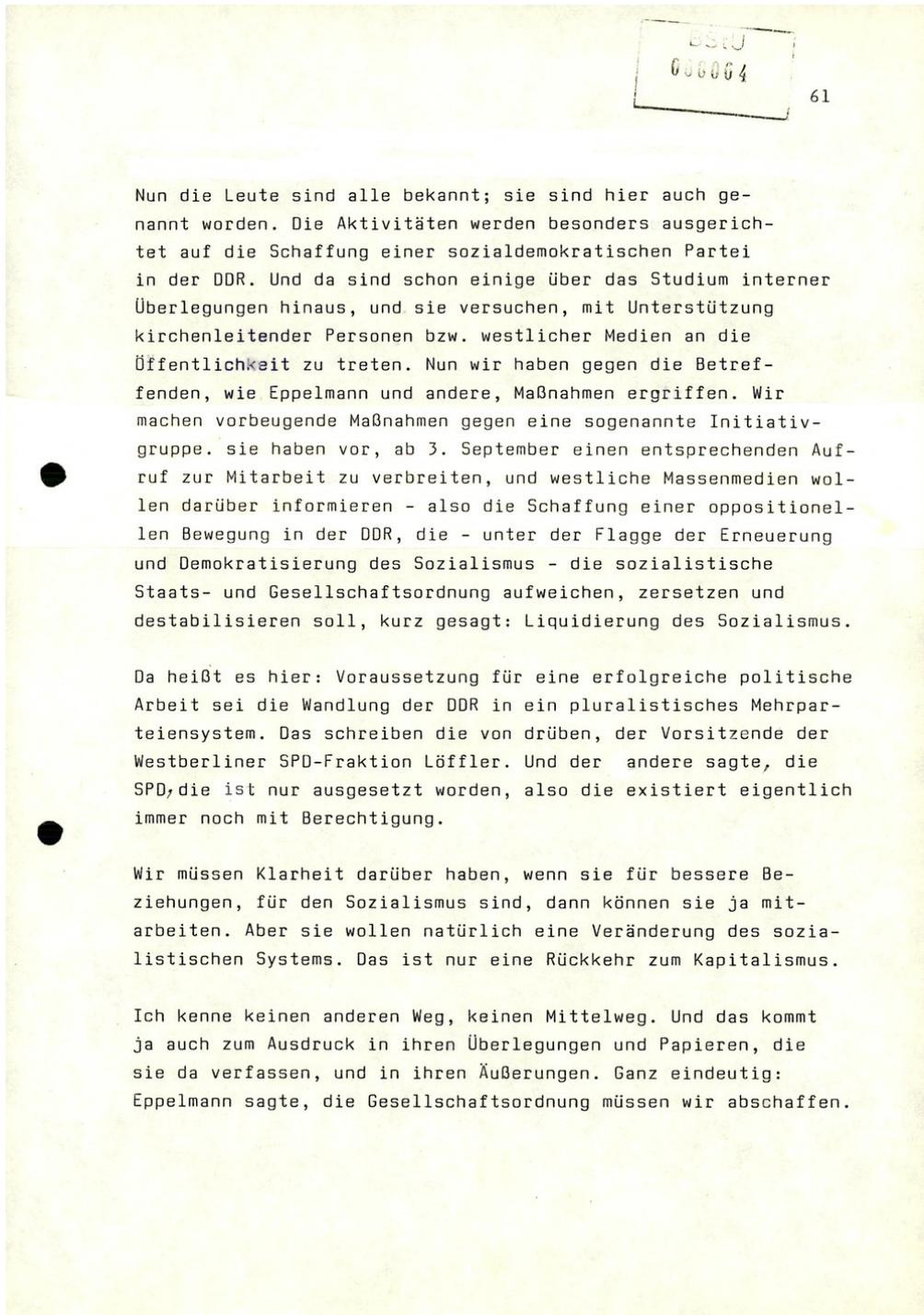
Auf der einen Seite gibt es den Arbeitseinsatz der Jugendbrigaden. Sie haben Millionen erarbeitet, und dann werden 3,5 Millionen verpulvert. So muß die Frage gestellt werden. Was ist denn das für eine Ordnung? Da sieht Ihr die formale Bereitschaft, anstatt die kämpferische Einstellung zu haben, wie wir sie fordern, die Verantwortung zu übernehmen.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 8679, BL 2-80

Blatt 63

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 8679, Bl. 2-80

Blatt 64

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BSTU
600065

62

Die kommen dann mit Grundzügen der neuen Gesellschaft, die sich für manchen, der unpolitisch ist, sich ganz gut anhören. Aber hier ist eben eine neue Qualität des Vorgehens der Feinde zu erkennen. Durch diese Verbrähmung, durch diese Einkleidung in demokratische Worte, wird das wirkliche Ziel, das sie haben, verdeckt und verdunkelt. Das ist eine neue Qualität im Vorgehen unserer Feinde, ausgerichtet auf eine einheitlich ausgerichtete, organisierte innere Opposition. Wir müssen das mit allem Ernst sehen.

Das stimmt auch überein mit allen Aktivitäten bestimmter politischer Führungskräfte der SPD, die ihren Kontakt verstärken einschließlich Städtepartnerschaften.

Dann Momper und Löffler, die so sprechen, auch wenn sie sagen, sie sind gegen eine Destabilisierung und sie wollen nicht die Liquidierung. Aber erst sagt er, um was es wirklich geht, um die Abschaffung des Sozialismus, es wird alles ein Entwicklungsprozeß sein und so fort.

Das ist alles gewissermaßen Tarnung der wirklichen Ziele. Wir müssen also bereits im Anfangsstadium alles erkennen und unterbinden; nicht das wir nachher erst Schwierigkeiten bekommen. Wir werden natürlich, wenn sie kommen einen Antrag stellen, die gesetzlichen, die rechtlichen Maßnahmen durchführen. Man muß also alle operativen Kräfte und Mittel ausschöpfen, um alles in Erfahrung zu bringen, was die Initiatoren und die Hintermänner planen.

Das wichtigste: Ausschöpfung aller bestimmenden rechtlichen Möglichkeiten in der Verordnung über die Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen und in der Verordnung über die Durchführung von Veranstaltungen. Das muß man nutzen. Wenn nämlich die Sache sich erst soweit entwickelt wie in Polen usw., dann ist es natürlich sehr schwer, etwas zu machen.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BSIU
00006

63

Wir haben auch hier ein Material erarbeitet für alle, die es wissen sollen, über die Entwicklung der Versuche einer sozialdemokratischen Position oder Organisation hier in der DDR. Jeder ist informiert und niemand kann sagen, er hat es nicht gewußt, obgleich wir das schon jahrelang schreiben. Ihr bekommt auch das Material zusammen mit dem anderen, was ich bereits sagte.

Fertig sind wir mit der rechtlichen Sache für die Betreffenden, die zurück kommen wollen bzw. die die Staatsbürgerschaft verloren haben, oder solche, die noch Staatsbürger sind, die die DDR ungesetzlich verlassen haben und nun zurück wollen.

Das muß man noch einmal wiederholen, abhängig machen von der politischen Lage und den Erkenntnissen und Informationen unserer Menschen, der Bevölkerung.

Nun kommt noch eine Sache, die sehr unangenehm ist. Insgesamt vollziehen sich die Entwicklung der politisch-operativen Lage und die aggressiven Versuche des Gegners zur Destabilisierung der Lage unseres Landes als Kampagne mit der Flüchtlingswelle. Das rückt mit aller Deutlichkeit die Fragen der vorbeugenden politisch-operativen Sicherung und Kontrolle der ehemaligen Angehörigen des MfS in den Blickpunkt unserer Aufmerksamkeit. Die mit der Dienstanweisung Nr. 5/84 und die dazu erlassenen Durchführungsbestimmungen festgelegten Grundsätze und Verantwortlichkeiten sind konsequent durchzusetzen. Handelt es sich doch bei der vorbeugenden Sicherung der ehemaligen Angehörigen um eine wichtige politische Aufgabe, mit Bedeutung für das internationale Ansehen der DDR ebenso für die allseitige Gewährleistung der inneren Sicherheit des MfS.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BSTU
000067

64

Ehemalige Angehörige, die besonders aus negativen Gründen aus dem Dienst entlassen worden sind, geben uns viel Anlaß zur Sorge, zur Beunruhigung und zur Veranlassung, uns noch gewissenhafter damit zu befassen. Und deshalb appelliere ich: Wir alle müssen uns damit befassen und Maßnahmen tragen für die Absicherung ehemaliger Angehöriger.

Das insbesondere auch, weil sehr viele Anträge von Angehörigen unseres Organs für private bzw. touristische Reisen nach Ungarn vorliegen. Bei einer solchen Lage müßten ja unsere Genossen den Verstand haben, warum wir da nicht hinfahren, so mit ihnen richtig offen sprechen. Denn es gibt ja gute Genossen, wo gar nicht die Frage steht, daß man Zweifel haben muß, daß sie wieder zurückkehren.

Aber wir haben eine Reihe, die vor Jahrzehnten entlassen worden sind, die rausgeschmissen worden sind, die haben natürlich die Gelegenheit auch genutzt. Und das ist natürlich unangenehm.

Nun gut, sollen sie damit glücklich werden. Aber angenehm ist es trotzdem nicht. Manchmal liegt das Versagen auch an uns, weil wir nicht alles konsequent beachtet und sie haben fahren lassen. Wir müssen die Arbeit verteilen auf alle Linien und auf alle Bezirke und alle Kreise. Da gibt es also grundsätzliche Orientierungen durch den Leiter Kader und Schulung.

Ihr müßt also Eure Entscheidung individuell treffen. Denn immerhin ist es doch eine moralische Haltung, die man einnehmen muß. Das ist eine moralische Haltung, daß man dort nicht hinfährt, weil eine solche Lage dort ist. Und das besonders bezogen auf Junge. Der muß natürlich zurückkommen aus Erfurt oder von Dresden. Das Elternhaus soll sehr gut sein. Man muß ihn unbedingt zurückbringen. Also politisch-operativ handeln, nicht reglementieren, nicht administrativ, sondern wirklich Einfluß nehmen, daß so etwas nicht geschieht.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

LSU
000068

65

Keiner hat darüber gesprochen, aber wir haben hier analysiert, daß es auch reichliche Austritte aus der Partei gibt und zwar auf vielen Ebenen der Bezirke. Natürlich ist das keine Angelegenheit, daß das der Feind ist.

Das beste Beispiel ist das, was er von der LPG erzählt hat. Das sind viele tausend Gründe, wo manchmal einer das Parteibuch auf den Tisch knallt und sagt, da mache ich nicht mehr mit. Natürlich ist das nicht richtig, aber jeder hat doch nicht das Bewußtsein und die Höhe des Niveaus, wie wir das verlangen und wie wir das haben. Aber es lohnt sich natürlich trotzdem, zu analysieren, wie wir das bisher gemacht haben.

Es ist nicht notwendig, irgend etwas Schriftliches, was der Gegner vielleicht noch irgendwie in die Hand bekommt, auf Partei-ebene zu machen. Wir haben so gute Verhältnisse zu den Kreisparteikontrollkommissionen und zur Bezirksparteiorganisation, daß wir uns interessieren, das auch analysieren, einschätzen und daraus die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen. Und wir müssen das gleiche, das gilt auch für die Staats-sicherheit.

Dafür ist Genosse Horst Felber verantwortlich. Das ist meine Antwort auf die Schreiben, die woanders runter gegangen sind. Das ist eigentlich gar kein Problem für uns gewesen. Ich nehme an, daß die Zusammenarbeit so gut ist, daß wir eben von der Partei die Hinweise bekommen und daß es nicht die Frage ist, zu denken, da ist der Feind dahinter, sondern zu analysieren und zu überlegen, ob der Feind dahinter ist. Wenn z. B. in einem Bezirk, in einer LPG 17 Mann von 19 Genossen das hinge-hauen haben, ist das geregelt. Warum? Sie haben gar keine parteifeindliche oder sonstige Position, sondern wollten ihre sozialen Rechte verteidigen oder auf ihre unsoziale Lage auf-merksam machen, nach Jahren.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BStU
666069

66

Also deshalb ist das für mich einfach so, daß diese Sache von Euch so weiter bearbeitet werden muß, wie wir das bisher immer schon getan haben. Das bedarf weiter keiner Richtlinien usw.

Ihr seid bestens im Bilde Genossen. So jetzt frage ich, wer möchte das Wort noch haben? Zu diesen Fragen. Wer etwas sagen will, der soll reden. Wir haben das diesmal anders durchgeführt.

Genosse Generalmajor Koch/BV Neubrandenburg:

Möchte darauf aufmerksam machen, hat heute früh vom Chefredakteur des Bezirksorgans erfahren, daß von oben jede offizielle Polemik zur derzeitigen Ausreiseproblematischen untersagt ist.

Geonsse Minister:

Die Antragsteller lassen sich von den besten Argumenten nicht überzeugen. Schaut mal 26 000 ehemalige DDR-Bürger sind ohne Arbeit in der BRD. Das schreiben sie drüben selbst. Die Zeitung war ja immer voll von diesen Sachen. Jetzt sind qualifizierte Leute wie Ärzte, Lehrer usw. arbeitslos. Das haben wir einfließen lassen in die Parteiargumentation für die gesellschaftlichen Organisationen, für die Betriebe, für die medizinischen Bereiche, und trotzdem hat sich nichts verändert. Die gehen wie einer, der jetzt stur den Weg und nicht mehr rechts und nicht mehr links sieht, sondern nur noch ins Schlaraffenland. Das ist äußerst schwierig.

Ob diese Art der Propaganda wirklich so nutzbringend ist? Trotzdem bin ich der Meinung, daß man einzelne, besonders gut geeignete Informationen doch nutzen muß, aber das muß ich mit Genossen Mittag besprechen.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

ESTD
000070

67

Ich habe das auch bloß gehört von seiten der Abteilung Propaganda/Agitation der Partei, und das ist für mich noch nicht ausschlaggebend. Da muß ich erst mal fragen, was da los ist.

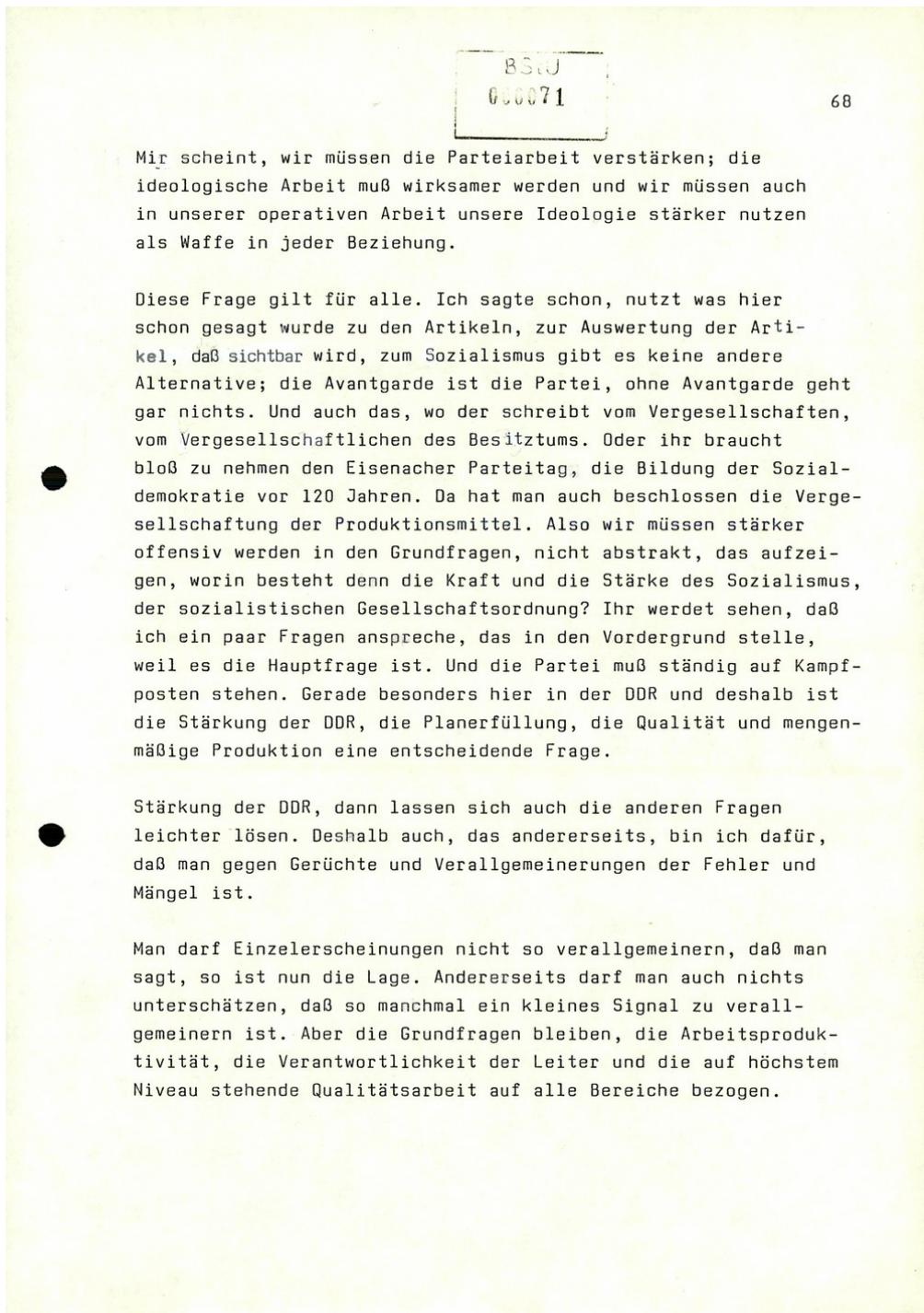
Aber was ich mir angesehen habe, Genossen, da neige ich auch dazu, daß das nicht gebracht wird. Da verlieren wir nicht viel. Damit gewinnen wir nicht viel. Denn die, die wirklich mit Qualität positiv auftreten, daß es überzeugend wirkt; solche Fälle, die so außerordentlich wirken, haben wir ja gar nicht so viel.

Fälle haben wir eine Menge, wo gute Menschen zurückgekommen sind, aber so, daß sie auftreten können, daß es Wirkung hat, da sind nicht so viele da. Denn manch Guter, der vielleicht geeignet wäre, will nicht, der lehnt das ab. Und man kann sie auch nicht zwingen. Ihr müßt auch beachten, daß manchmal so eine Sache, man hätte ihn gezwungen zu solchen Darlegungen, schaden kann. Wenn man z. B. die beiden sieht - von Ungarn nach der BRD und zurück in die DDR - was sie gebracht haben, sehr überzeugend war das nicht. Das war primitiv. Da konnte sehen, wer weg geht, das war nun wirklich keine Leuchte. Wir müssen also abwarten, was die Person, den Inhalt und die Bedeutung betrifft.

Es ist gut, daß Du das angesprochen hast. Ich hatte das auch noch vor, wollte noch sagen, da will ich erst einmal eine Klärung herbeiführen. So absolut halte ich das Untersagen der Polemik nicht für richtig.

Jetzt noch einmal zur Frage der Informationstätigkeit. Das ist noch zu schwach bei uns. Wir müssen alles vom Westen erfahren. Das muß man also noch überlegen. Nun Genossen weiter, wer wünscht noch das Wort.

Wenn niemand will, dann möchte ich noch ein paar Schlußfolgerungen ziehen.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 8679, Bl. 2-80

Blatt 71

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BS.U
000072

69

Wir können nichts abstrakt sehen - das ist vielleicht ein wenig übertrieben -, aber wir müssen mehr Parteilichkeit in die operative Arbeit hineinlegen und in der Erziehung unserer Mitarbeiter. Damit wir auch nicht überrascht werden durch irgend jemand, der neben uns steht, neben uns sitzt. Ihr habt die Artikel alle gelesen, die Linien vom 7./8. ZK-Plenum, das alles gehört dazu. Aber die Hauptfrage ist, nicht den Nebenmann übersehen.

Ich will euch sagen, ich bin etwas beunruhigt durch die Tatsache, daß doch einige von diesen Ehemaligen weggegangen sind und auch von dem einen, der noch Mitarbeiter war, aber noch keine solche Position einnimmt, aber den muß man zurückholen.

Ich bin beunruhigt, Genossen, daß kann ja noch zunehmen.

Die Kampagne, die sie gemacht haben, ist doch nicht umsonst. Und dieses Hinauszögern nach der Bestätigung und Absprache über die Vorschläge, die wir gemacht haben, ist doch eine Taktik. Und auch wie Horn sich verhält zum Genossen Fischer und Genossen Mittag. Mir scheint Genossen Fischer der Angriff erfolgt gegen die Partei. Verfolgt die Entwicklung in Polen und verfolgt sie in Ungarn. Ich frage Euch, sind wir denn Mitglieder der Partei, weil wir nicht überzeugt waren von unseren Idealen, unseren Zielen usw.; ich spreche nicht von Statut und Programm und alles von den Idealen und Zielen, die sich unsere Kommunistische Partei stellte. Und sollen wir nun Sozialdemokraten werden? Also deshalb ist die Bewußtseinsbildung und Stärkung von außerordentlicher Bedeutung. Wir dürfen nicht nachlassen, keiner und nirgendwo, daß die Rolle der Partei geschmälert wird. Ich habe es schon mal gesagt, die Rolle der Partei, das ist jeder von uns, der hier sitzt, er ist die Rolle, je nachdem wie er seine Pflicht erfüllt. Und so ist es im gesamten gesellschaftlichen Leben in der Republik. Und dann wird die Partei die Autorität sein, deshalb habe ich auch gesagt, daß man manche Mängel örtlich lösen muß.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BStU
000073

70

Man darf keine Einschränkung des Ansehens der Partei zulassen; nicht administrativ; ich meine durch richtige Verhaltensweisen.

Die 2. Sache, die mich noch bewegt, ist die operative Arbeit, die man weiter qualifizieren muß. Wir müssen sie auf ein höheres Niveau bringen mit Klugheit, ideologischer Festigkeit und Überzeugungskraft. Wir müssen unsere Agenturen verstärken mehr in der Basis.

Wir hatten mal - das hat alles seine Gründe gehabt -, daß wir dachten, es ist ja nicht mehr so, es geht alles wunderbar, das Verhältnis zur Sowjetunion usw.; alles ist herrlich; wir leben jetzt im Kommunismus; mit vollen Fahnen marschieren wir vorwärts.

Seht Euch das jetzt an, die Entwicklung auf einigen Abschnitten der Feindtätigkeit. Da haben wir nicht genügend Agenturen, die uns rechtzeitig in Kenntnis setzen. Genosse Hummitzsch - und das ist auch noch eine wichtige Frage dort -, wir müssen in die feindlichen Gruppen noch stärker eindringen; auch dort da in Zwickau. Das ist die Kernfrage. Wir haben schon darüber gesprochen, hab schon mit dem Stellvertreter gesprochen, der auch ein ganz kluger Mensch ist. Zum Beispiel sagte er mir - ich fragte -, die leben ja wunderbar in diesen Häusern, die Antragsteller. Warum wollen sie weg? Die haben alles, die wollen weg. Sie haben auch mehrere PKW. Aber die wollen weg, sie wollen Reisefreiheit haben, sie wollen Reisen, und Freiheit haben. ...

Also Ihr seht, wie das aussieht. Deshalb ist es wichtig, daß wir mehr das Ohr an der Masse haben. Die Ohren sind entweder taub geworden oder sind nicht lang genug oder wir haben vergessen und haben gedacht, das ist nicht mehr notwendig.

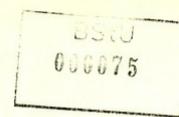
Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BStU
000074

71

Ich will euch das sagen, dann nachher noch im Zusammenhang mit einer anderen Frage, die außerordentlich wichtig ist.

Das nächste Problem, was mich noch bewegt, ist die Frage: Die Parteiwahlen, das Gespräch mit jedem einzelnen Mitglied, der Umtausch der Mitgliedsbücher, das müssen wir wahrnehmen, um all diese Probleme, alle brennenden Probleme - und ist das noch so unangenehm - anzusprechen und zu versuchen, mit den Betreffenden richtig zu sprechen. Jawohl, das stimmt, aber deshalb kann man nicht aufgeben seine Grundhaltung. Wir haben doch schlecht gelebt und waren bereit, das höchste, was ein Mensch hat, das Leben zu opfern. Das verlangen wir jetzt noch gar nicht mal, obgleich es auch notwendig ist, wenns gefordert wird, wenns unsere Ideale erfordern. Deshalb meine ich, daß man den Betreffenden so erzieht, in dieser Frage, in Grundfragen unsere Haltung zu unserer Gesellschaft und zu unserer Partei. Da darf es keine Abstriche geben. Man kann meckern, aber ich bleibe klassenmäßig, behalte meinen Klassenstandpunkt. Das ist die innere Haltung eines Mitgliedes unserer Partei.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

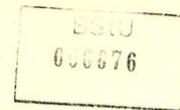
72

Seht Genossen, da haben wir die Möglichkeit und ihr seid alle auch Nutzer mit Euren Parteisekretären: Was heißt es denn, die Partei ist überall? Wenn sie nicht mal merkt, daß neben uns einer sitzt, der abhaut und abhauen will. Solche Fragen sind nicht mit administrativen Mitteln und Befehlen zu reglementieren und zu lösen. Sie sind nur zu lösen durch die Bereitschaft des einzelnen, sein ganzes Wissen in die Waagschale zu werfen und mit Leidenschaft und Überzeugung für unsere Sache einzutreten. Jetzt kommt der 40. Jahrestag - sowohl DDR als auch MfS. Das alles muß man zeigen, was wir geschaffen haben; daran liegt der ganze Sinn. Die drüben wollen ablenken mit dem "Die-Republik-Verlassen", um unsere Gesellschaftsordnung, unsere Republik madig zu machen. Deshalb will man sich bei uns mehr konzentrieren auf den 40. Jahrestag. Damit nicht der Gegner zum Zuge kommt, soll man das machen und man soll die guten Beispiele bringen.

Guckt mal, worin besteht denn das Positive beim 32-Bit-Mikroprozessor. Es besteht darin, daß das Kollektiv Tag und Nacht gearbeitet hat, Sonnabend, Sonntag, die haben daneben geschlafen, was sie da entwickelt haben. Die Moral, die das Kollektiv zeigte, die brauchen wir überall.

Das sind hervorragende Menschen; die können doch etwas. Deshalb ist es auch richtig, so etwas wie eine LPG, die Erträge trotz der Schwierigkeiten gesichert hat, daß der Hektarertrag gebracht wird und auch übersteigert wurde trotz des Wetters. Diese Beispiele sind wichtig.

Wir wollen, daß die anderen, die zurückbleiben oder die Schwachen, sich daran aufrichten. Und deshalb wollen sie nicht mehr über diesen ganzen Dreck dauernd schreiben, wir werden abgehen von diesen Fragen, und unsere Menschen lesen nur diesen Quatsch, diesen Unsinn. Trotzdem bleibt, was ich eingangs gesagt habe, daß ich prüfen werde, man kann und darf natürlich eine bestimmte Informationstätigkeit nicht übersehen, die auch notwendig ist.

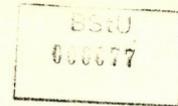
Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

73

Dazu kommt noch die Rolle der Sowjetunion. Wir dürfen unser Bündnis trotz der Erscheinungen nicht vernachlässigen, wir dürfen nicht schwanken im Verhältnis zur Sowjetunion. Ich sage Euch, ohne Sowjetunion kein Sozialismus, könnten wir uns abschreiben. Und wenn auch die komplizierten Probleme in einzelnen Unionsrepubliken bestehen. Jetzt revidieren sie sich zwar; es sind aber immer noch die Chauvinisten, die Nationalisten im Gange, die für eine Lostrennung aus dem Bund der Sowjetunion sind und jetzt den Kampf gegen das ZK der KPdSU führen.

Wenn Fehler gemacht wurden, wenn gesagt wurde, das war falsch mit dem Zusatzprotokoll, dann ist es jetzt leicht, das in jetziger Zeit festzustellen. Alles andere ist ja gut gesagt, wozu muß er denn diesen Satz bringen? Das waren ja ganz andere historische Bedingungen um die Zeit, als die das machen mußten, wo es um Leben und Tod ging, wo die Banditen Englands und Frankreichs alles taten, daß der Hitler nach Osten geht, in die Sowjetunion. Und wie schnell sie umgestiegen sind, als sie merkten, daß es nicht ging. Dann haben sie selber angefangen, als sie merkten, es geht ihnen doch an den Kragen.

Nun ist es so, Genossen, was will man denn? Will man denn, daß dort ein Brückenkopf des Imperialismus entsteht? Dann entsteht ein kapitalistisches Lettland, Littauen. Sie bekommen alle Unterstützung. Dann wird dort der Brückenkopf des Imperialismus sein. Näher ran an Leningrad oder nicht etwa? Oder sind wir Dummköpfe, um das nicht richtig einzuschätzen? Wenn das eintritt, Genossen, dann werden die Feinde, die nicht wenige sind - das sehen wir ja, wie recht wir gehabt haben - triumphieren. Deshalb sprechen wir so eindeutig über die Rolle der Sowjetunion; das Bündnis darf man nicht schmälern, denn ohne Sowjetunion wäre auch keine DDR, hat der Tscheche auch gesagt, ohne Sowjetunion wäre keine Tschechoslowakei, hat Ihr gelesen?

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

74

Also es hat ganz prinzipielle Bedeutung. Die Freundschaft zur Sowjetunion ohne deren ökonomische Stärkung oder Stützung für die DDR, fällt es uns doch sehr schwer. Die anderen würden uns doch den Hals abdrehen, denn, so wie sie es jetzt sagen - wir werden Euch unterstützen, ihr Polen, aber ihr müßt erstmal wirklich euer System verändern. Also es ist in dieser Beziehung absolute Klarheit trotz aller Ereignisse, die dort sind. Ich habe auch gesagt, was soll den aus uns werden, vom Westen der Feind und dann haben wir noch unser Hinterland, mit den informellen und nichtformellen Gruppen. Das ist das, was ich hier sage zu den Versuchen der Bildung einer sozialdemokratischen Organisation, der Plattform usw. Das müssen wir rechtzeitig bekämpfen. Nicht jetzt bei dem, der sozialdemokratisches Gedankengut hat. Wenn der das alleine im Kopf hat, soll er es behalten; haben wir nichts dagegen. So aber, wie er gegen unsere Verfassung, unsere Staatsordnung und gegen unsere Rechtsordnung und gegen die Vereinsordnung auftritt, dann ist es strafrechtlich relevant, dann ist einzugreifen.

Damit Ihr nicht etwa denkt, ich sehe das zu abstrakt mit den Menschen, die so eine Meinung haben. So was gibt es natürlich; wir haben sogar geschrieben - lest doch nach in meinem Buch - wenn einer eine Meinung hat, deshalb wird er nicht verfolgt. Aber wenn sie nachher in Verbindung kommt mit dem Feind und dem Westen, dann sind wir da. Und noch etwas, Genossen. Die ideologische Diversion existiert, und wir haben keine extra Verwaltung gehabt. Wir haben immer gesagt - seit Jahrzehnten -, die ideologische Diversion muß von allen Linien bekämpft werden, denn überall ist die ideologische Diversion spürbar. So eine Zersetzung, die wir haben, wie der Mann in Untersuchungshaft, der ist doch ideologisch zersetzt worden, weil er das als Bestechung genommen hat usw., wobei - ich sage das hier offen - man noch einmal prüfen muß, war der Gewinn, den er damit für die DDR bringen wollte, höher als der Schaden, den er gemacht hat und weil er sich persönlich bereichert hat.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BStU

006078

75

Dann muß man das auch noch anders betrachten. Aber das ist ja so eine einzelne Frage.

Grundsätzlich steht, alles nach dem Gesetz. Wir wollen nicht, daß wir irgendwie die Gesetze verletzen. Wir brauchen das auch gar nicht. Aber wir haben die Verpflichtung, etwas rechtzeitig einzuschätzen und zu sagen, wie es ist. Wenn man sie, die Sozialdemokratie, zulassen will, dann soll man das sagen, dann werden wir darüber uns auseinandersetzen mit denen, die der Meinung sind, man sollte sie zulassen. Ich meine, mancher von Euch hat doch noch ein längeres Leben, dann muß er sich entscheiden, ob er sozialdemokratische Bedingungen haben will oder ob er unsere Bedingungen behalten will.

Ich - den kurzen Weg den ich noch habe - will noch recht lange sozialistische Bedingungen behalten. Es gilt, alles zu überlegen, die ganze Frage der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Wir müssen stark und fest dabei bleiben, damit keine Schwankungen in unseren Reihen auftreten. Noch eine kleine Bemerkung, auch wieder parteiisch. Auch gute Genossen unterliegen moralischen Veränderungen, merkt Euch das, auch gute Genossen, im Zusammenhang mit den ganzen Problemen, die ich aufwarf. Deshalb sage ich das noch einmal. Das hätte ich schon an anderer Stelle sagen können. Ich sage das bewußt hier, weil das so ist. Deshalb habe ich gesagt, das Letzte wird vielleicht das Erste sein.

Die Reinheit, Geschlossenheit und Standhaftigkeit und Festigkeit unseres Organs. Da kann man alles andere lösen und diesen Geist, diese kämpferische Einstellung bei jedem einzelnen zu entwickeln, zu entfachen, das ist die entscheidende Frage, dann sind wir eine geballte Kraft.

Solange, wie ich Kraft habe, werde ich damit arbeiten. Der Gegner sagt ja sowieso, sie sterben alle und werden krank, der MIELKE ist nicht krank, der hat Kondition, weil er noch in einer Altherrenmannschaft Fußball spielt bei Dynamo. Ich habe leider keine Zeit, Fußball zu spielen, aber Recht haben sie, vorläufig habe ich noch Kondition.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BSJ
666679

76

Jetzt kommt noch eine letzte Bemerkung. Alles, was wir hier heute so konstruktiv und so operativ behandelt haben, erfolgte in einer ganz anderen Art und Weise. Natürlich verlangt das hier eine außerordentlich große Aufmerksamkeit, Genossen der Aufklärung; denn heute habe ich mit einer Befriedigung festgestellt, daß auch die Freunde aufmerksam machen, daß doch nicht alles so vorangeht in Bezug auf Abrüstung, Vereinbarung usw. Es ist besonders zum Ausdruck gekommen, daß es noch lange nicht da ist, wo es hingehört, worüber gesprochen wird und wo es Vereinbarungen schon gab usw. Also das soll man sehr beachten, Genossen.

Deshalb muß die Aufklärung sehr, sehr wachsam sein und nicht etwa denken, nun ist das Zeitalter der Abrüstung und der Verteidigungsdoktrin gekommen und was noch alles.

Auf jeden Fall achtet darauf, daß unsere Genossen nicht etwa denken, jetzt ist ja gar nicht mehr eine solche zwingende Notwendigkeit auf diese Dinge acht zu geben.

Woanders ist das z. T. der Fall. Die haben keine Orientierung, wie sie arbeiten sollen. Was wird doch gewünscht, wer soll denn das haben?

Also, das alles, Genossen, was wir gesprochen haben in Vorbereitung des XII. Parteitages. Das ist die Überschrift von all dem, was wir besprochen haben. Nun werden Einladungen ergehen zum 40. Jahrestag von Freunden die also Verdienste haben für die Gründung, Bildung und Schaffung und Entwicklung der DDR, und da bin ich dafür, daß wir vielleicht wirklich einen benennen, der ein hervorragender Tschekist war, wirklich große Verdienste hat für die Entwicklung der DDR.

Für die Gruppe, die vom ZK eingeladen wird - in den Bezirken wird ja auch eingeladen - müßt Ihr dann sehen, ob da irgendeiner wäre.

Dienstbesprechung zwischen Mielke und den Chefs der Bezirksverwaltungen

BSIÜ
000020

77

Dafür gebe ich jetzt keine Linie, daß man das überall so machen muß. Sowas kann ja sein, daß der 1. Sekretär vielleicht auch an Euch herantritt und bittet, da jemanden zu benennen; da müßt Ihr Euch überlegen. Aber das dürft Ihr nicht zu eng sehen, das muß wirklich ein Genosse sein, der Verdienste hat. Aber hier geht es um einen, den ich gerne benennen würde, der sollte auch mitkommen, daß er in der Liste des ZK mit aufgeführt ist. Eingeladen für ZK.

So, nun gut Genossen. Das war was ich sagen wollte. Alles ist das nicht. Ihr habt gesehen, wieviel Fragen noch offen blieben. Daran arbeiten wir und werden eine ganze Reihe Sachen Euch zukommen lassen, die dann Euch das erleichtern, daß Ihr vielleicht nicht alles so exakt mitbekommen habt, damit ihr daran weiter arbeitet. Gibt es jetzt noch Fragen?

Ich wünsche Euch alles Gute.